

# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern

**TITEL:**

BAYER-Antibiotika

## Tatort Tierstall

**WEITERE THEMEN:**

- BAYER vor Pestizid-Tribunal
- BAYERs Nachhaltigkeitsbericht
- BAYER-Stoff in Brustimplantaten



Inhalt

- 4 Kunst gegen Konzerne**  
Das KünstlerInnen-Duo PSJM widmet sich BAYER
- 6 Zeuge der Anklage**  
CBG beim PERMANENT PEOPLE'S TRIBUNAL
- 10 BAYER-Pestizide gehen an die Nerven**  
Unzählige Kranke in El Salvador
- 12 Der Tierstall als Krankenstation**  
BAYER-Antibiotika in der Kritik
- 16 Sechs Jahre Streit um BAYER-Pipeline**  
Eine Zwischenbilanz
- 20 Nachhaltig unnachhaltig**  
BAYERs Umweltbilanz

- 24 Chemie im Alltag**  
BAYER-Stoff in Brustimplantaten

Rubriken

- 3 Editorial**
- 5 CBG bei der Arbeit**
- 7 O-Ton BAYER;**  
Promis gegen Profit
- 11 Impressum**
- 26 Echo;**  
Au weia, BAYER!



Barbara Dohmen ist Allgemein- und Umweltmedizinerin und gehört dem Vorstand der Vereine LEBENSWERTER HOCHRHEIN und ÖKOLOGISCHE ÄRZTE-INITIATIVE HOCHRHEIN IM BUND an

## Liebe Leserinnen und Leser,

Seit mehr als fünf Jahren betreibt die Firma H. C. STARCK in Laufenburg eine Versuchsanlage, in der sie im Auftrag von BAYER winzig kleine Kohlenstoff-Röhrchen – so genannte Nanotubes – herstellt. Mitte Januar nun hat das Unternehmen, das früher selber zum Leverkusener Multi gehörte, beim Regierungspräsidium Freiburg einen Antrag auf einen dauerhaften Betrieb sowie auf eine Kapazitätserweiterung gestellt. Die zuständige „Abteilung Umwelt“ hält das für eine reine Formsache. Da „keine schweren, komplexen, irreversiblen oder grenzüberschreitende, erheblich nachteilige Umweltauswirkungen auf den Standort (...) zu erwarten“ seien, will sie auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichten und im Genehmigungsverfahren lediglich immissionschutzrechtliche Aspekte berücksichtigen und eine Erheblichkeitsuntersuchung durchführen.

Dagegen protestieren der Verein LEBENSWERTER HOCHRHEIN und die ÖKOLOGISCHE ÄRZTE-INITIATIVE HOCHRHEIN IM BUND. Die Gruppen befürchten nämlich sehr wohl negative Auswirkungen. Es wäre nicht das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, dass bei einer Neuentwicklung mit Blick auf den verlockenden steigenden Umsatz erste Hinweise auf

bedeutsame Gesundheitsgefahren nicht beachtet werden. Man denke nur an Asbest, die Atomkraft und Holzschutzmittel. Und bei der Nano-Technologie gibt es solche Anzeichen, denn sie lässt Werkstoffe auf winzig kleine Größen schrumpfen, wodurch die Materialien unbekannte und nicht selten gefährliche Eigenschaften entwickeln. So konstatiert das „Fraunhofer Institut für Toxikologie“: „Einige Untersuchungen weisen daraufhin, dass bestimmte Nanotubes mit speziellen Eigenschaften beim Einatmen ähnlich krebserregend sein könnten wie Asbest-Fasern.“ Und der BAYER-Konzern selber hält in dem Sicherheitsdatenblatt zu den „BAYTUBES C 70P“ fest: „Achtung – noch nicht vollständig geprüfter Stoff“ und warnt vor einem Kontakt mit dem Material, denn: „Toxikologische Untersuchungen am Produkt liegen nicht vor.“

Zudem kommen bei der Herstellung von BAYTUBES brennbare Gase wie Ethen und Wasserstoff zum Einsatz, die sich teilweise neben nano-haltigen Feinstäuben und dem krebserregenden Kobalt in der Abluft wiederfinden.

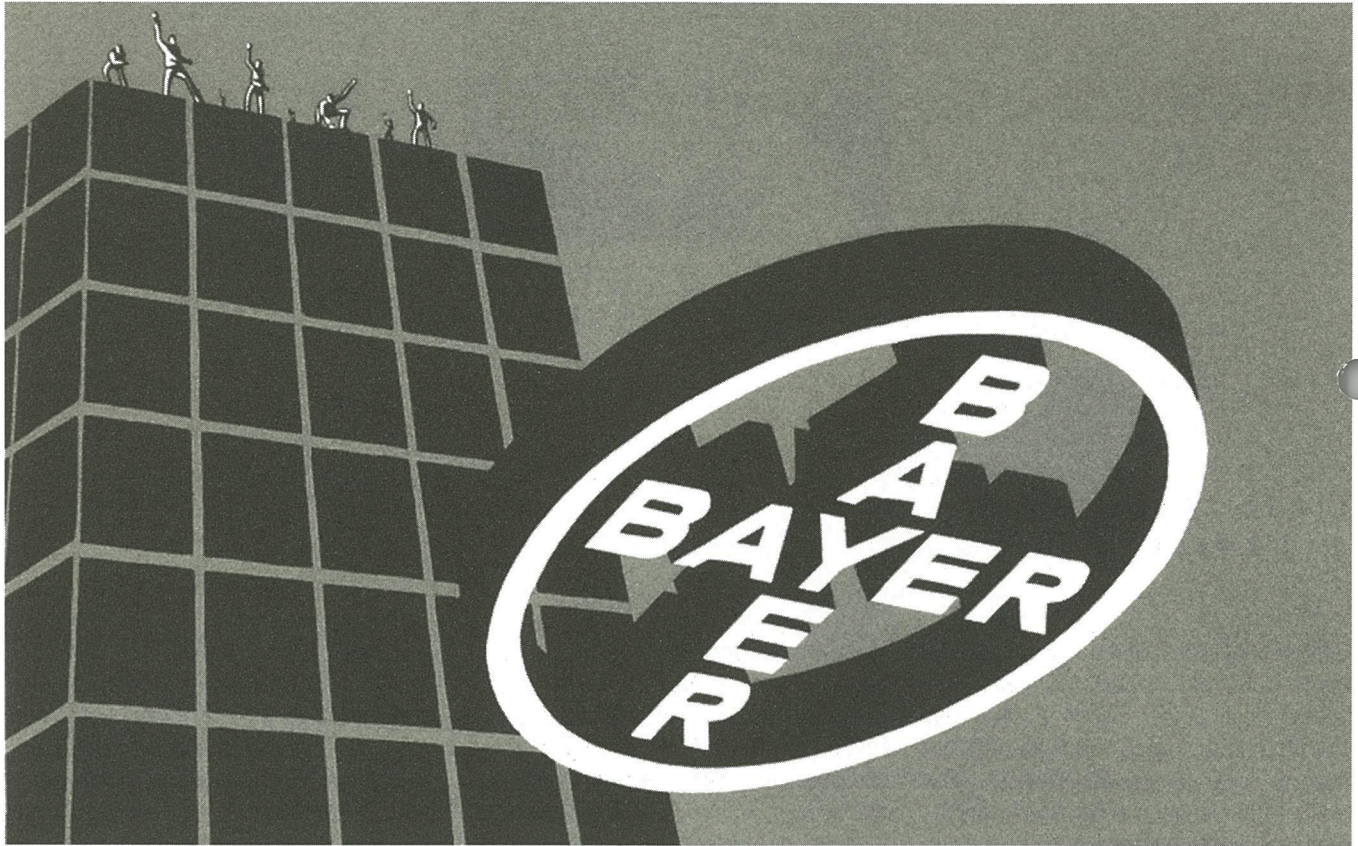
Uns ist nicht verständlich, warum bei derart hochexplosiven Einsatzstoffen und gesundheitsgefährdenden Abgasen und an-

gesichts eines Produkts, für das noch keine ökotoxikologische Untersuchungen vorliegen, eine solche Anlage nicht zwingend der Störfallverordnung unterliegen muss und eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu durchlaufen hat. Noch dazu, wo sie laut Regierungspräsidium mitten in einem „sensiblen Umfeld“ liegt (zwei Kindergärten und zwei Schulen, Wohngebiete und der Rhein in unmittelbarer Nähe!).

Hier drängt sich der Verdacht auf, dass der Regierungspräsident mit einer solchen Unterlassungshandlung die Produktionsfreudigkeit der Industrie begünstigen will – zum Nachteil von Mensch und Umwelt. Wir fordern hingegen den Nachweis der Unbedenklichkeit und die Offenlegung aller BAYER-Studien zu den Nanotubes. Eine Betriebsgenehmigung auf Basis einer derart oberflächlichen Einschätzung des Gefährdungspotenzials halten wir für nicht verantwortbar. Und dieses werden wir auch auf dem für den 21. März angesetzten Erörterungstermin deutlich machen.

Kunst gegen Konzerne

# BAYER im Visier



Gemeinsam gegen Konzernmacht

Das spanische Künstlerduo PSJM beschäftigt sich mit den Kehrseiten des grenzenlosen Konsums und der Okkupierung öffentlicher Räume durch multinationale Konzerne. Eine Ausstellung in Berlin zeigt Arbeiten, die Missstände wie Kinderarbeit und Umweltzerstörung anprangern. Auch eine Grafik zu BAYER findet sich darunter.

Von Philipp Mimkes

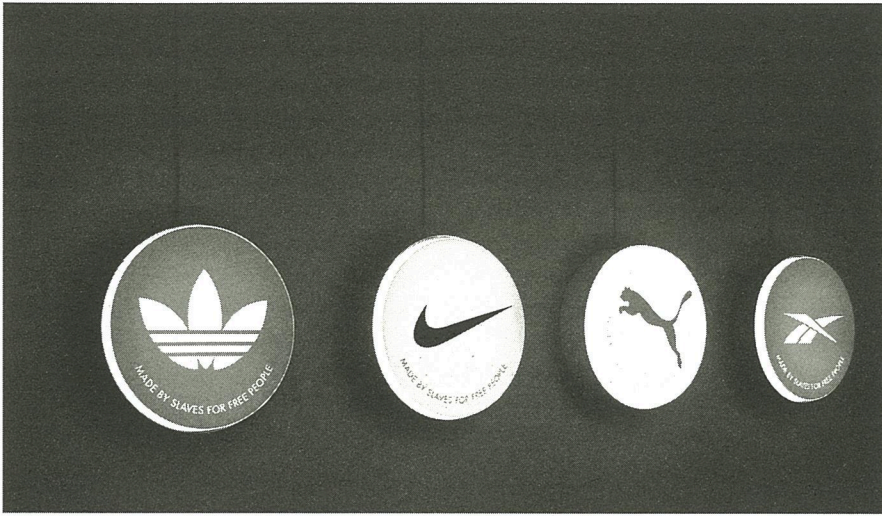
Hinter dem Kürzel PSJM stecken die KünstlerInnen Cynthia Viera and Pablo San José, deren Bilder gegenwärtig in der Berliner Galerie Whiteconcepts zu sehen sind. Ziel ihrer Arbeit ist es, mit modernen Marketingmitteln die Werbestrategien großer Unternehmen transparent zu machen und die Kehrseite der bunten Konsumwelt anzuprangern. PSJM entfremden hierfür Markenlogos, initiieren professionelle Werbekampagnen für

nicht-existente Produkte oder drehen Videos in „Science Fiction“-Manier, in denen Konzerne an die Stelle von Staaten treten.

Auch mit BAYER beschäftigt sich das Duo. Die Grafik „Struggle BAYER“ zeigt ein überdimensioniertes BAYER-Logo, das von einem Hochhaus geworfen wird. In einer weiteren Arbeit stellen die beiden zwerghafte Personen dar, die das Logo der

DEUTSCHEN BANK umstürzen. Die KünstlerInnen propagieren dabei nicht die Zerstörung der Konzerne. Sie wollen aufzeigen, dass es der Gesellschaft möglich ist, sich gegen die scheinbare Übermacht der Firmen zur Wehr zu setzen.

Andere Werke von PSJM widmen sich ebenfalls mit dem Treiben der Multis. So wird in „Corporate Armies“ ein Szenario entworfen, in dem große Unternehmen



Künstlerischer Protest gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen per Logo

mit eigenen Armeen ausgestattet sind - keine allzu ferne Vision angesichts der paramilitärischen Gruppen, die mit COCA COLA in Kolumbien, SHELL in Nigeria oder mit GAZPROM in Russland kooperieren. Auch zeigt die Berliner Ausstellung Videos, in denen gepanzerte Truppen von WALMART, VISA und NIKE um die Vorherrschaft kämpfen. Tusche-Zeichnungen apokalyptischer Firmen-Kämpfe im Stil historischer Schlachtengemälde sowie 3D-Kampfröbter mit Firmen-Emblem-

**Ziel der KünstlerInnen ist es, mit modernen Marketingmitteln die Werbestrategien großer Unternehmen transparent zu machen und die Kehrseite der bunten Konsumwelt anzuprangern**

en vervollständigen die Horrorvision eines unternehmerischen Gewaltmonopols. Weitere Arbeiten von PSJM entfremden die Logos der bunten Warenwelt: NIKE- und ADIDAS-Schriftzüge enthalten den Aufdruck „Made by slaves for free people“. Mickeymaus-Objekte mit dem Hinweis „Made by kids for kids“ verweisen auf die Herkunft aus asiatischen Billig-Fabriken.

Das Duo hat der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) die Grafik „Struggle BAYER“ zur Verfügung gestellt. Cynthia Viera schreibt: „Herzlichen Glückwunsch zu Eurer harten Arbeit in den vergangenen 30 Jahren. Wir stehen auf derselben Seite!“

Die CBG arbeitet regelmäßig mit KünstlerInnen wie Cynthia Viera and Pablo San

José zusammen. So haben Kunstschaffende wie Otto Piene, Bernd Engberding, Claudia Rogge, Robert Butzlar und Peter Royen dem Verein Werke zu Verfügung gestellt, mit deren Verkauf Kampagnen des Vereins finanziert wurden. Und der bekannte Karikaturist Carlos Latuff aus Brasilien fertigt regelmäßig exklusive Zeichnungen an.

Den vom „Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ausgerichteten Wettbewerb „Vom BAYER-Werk zum Chemiepark“ gewannen gar zwei französische Architekten, die bei der Erstellung ihres Entwurfs eng mit der Coordination kooperiert hatten. Ziel ihrer Arbeit war es, den Umweltschutz fest auf dem Leverkusener Firmen-Areal zu verankern. Dies symbolisierten sie durch die Idee, in der Leverkusener BAYER-Zentrale das Büro der Coordination anzusiedeln.

Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG bedankte sich bei den KünstlerInnen von PSJM: „Die Kunstwerke verweisen auf die weltweite Forderung der sozialen Bewegungen ‚Konzernmacht brechen‘. Der Sturz eines Markensymbols, das diese Macht symbolisiert, kann in vielfältiger Weise herbeigeführt werden: durch öffentlichen Druck, durch Aufklärung, durch gesetzliche Vorgaben, durch behördliche Kontrollen und vieles anderes mehr. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat schon in den 80er Jahren einen Kongress zum ‚Umbau‘ des Konzerns durchgeführt. Die über 200 TeilnehmerInnen und die vielen kompetenten ReferentInnen haben konkret erarbeitet, wie der ökologisch-ethisch-soziale Umbau eines Unternehmens wie BAYER aussehen könnte.“

## SWB bei der Arbeit



Seit Jahren bemüht sich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) darum, Angaben über die auf den Werksarealen von BAYER gelagerten gefährlichen Chemikalien zu erhalten. Trotz Umweltnormengesetz gelang ihr dies bisher nie – der Leverkusener Multi machte Terror-Gefahren geltend. Im Frühjahr 2011 jedoch entsprach die Bezirksregierung einem Antrag und teilte erstmals Zahlen für den Dormagener Chemie-„Park“ mit. Sie geben einigen Anlass zur Sorge. So befinden sich auf dem Gelände 70.000 Tonnen „giftige“ bzw. „sehr giftige“, über 13.000 Tonnen leicht entzündliche und über 65 Tonnen brandfördernde Stoffe. Prof. Jürgen Rochlitz, Mitglied der vom Bundes-Umweltministerium eingesetzten „Kommission für Anlagensicherheit“ und Beiratsmitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, kommentierte die Veröffentlichung: „Die Aufstellung zeigt, dass bei BAYER weiterhin große Mengen hochgefährlicher Stoffe verwendet werden. Dementsprechend ist die Veröffentlichung der Daten ein Fortschritt in Sachen Transparenz, nicht aber in Richtung hin zu einer Substitution risikoreicher Chemikalien.“ Die Coordination hat nun auch eine Eingabe gemacht, um Informationen über die Lage in Leverkusen zu erhalten.



**Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
in der  
Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

## Gefährliche Pestizide

**BAYER vor Gericht**

CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes in Bangalore

*Das seit 1979 bestehende PERMANENT PEOPLES' TRIBUNAL befasste sich im Dezember 2011 mit den katastrophalen Folgen des großflächigen Einsatzes von Agrochemikalien. Das Tribunal, das diesmal im indischen Bangalore stattfand, hatte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN eingeladen, um der Jury den Fall des von BAYER-Pestiziden wesentlich mitverursachten globalen Bienensterbens darzulegen. Die RichterInnen verurteilten den Leverkusener Chemie-Multi dafür und sprachen auch die anderen Agro-Konzerne schuldig.*

*Von Philipp Mimkes*

Sarojini Rengam, Direktorin des PESTIZID AKTIONS-NETZWERKS (PAN) Asien, war wütend: „Die Landwirtschaft, das Herz der globalen Nahrungsmittel-Produktion, wird von Konzernen dominiert, denen Profite wichtiger sind als Menschenleben. Solange sich dies nicht ändert, wird es immer wieder Tragödien wie die in Bhopal geben!“ Rengam forderte die Regierungen in aller Welt auf, die Verantwortlichen dafür vor Gericht zu stellen: „Die Pestizid-Hersteller sind für Vergiftungen und Umweltkatastrophen in aller Welt

verantwortlich. Hierfür müssen sie endlich zur Rechenschaft gezogen werden!“ Nach Angaben der Weltbank sterben jedes Jahr etwa 350.000 Menschen an Pestiziden; viele Fälle bleiben zudem unentdeckt. Auf den Tag genau 27 Jahre nach der Katastrophe in Bhopal, wo nach einer Explosion in einer Pestizidfabrik rund 20.000 AnwohnerInnen das Leben verloren, begann in Bangalore, einige hundert Kilometer südlich von Bhopal, die 37. Sitzung des PERMANENT PEOPLES' TRIBUNAL (PPT). Die viertägige Verhandlung befas-

ste sich in diesem Jahr ausschließlich mit Pestizid-Vergiftungen. Hierfür kamen mehr als 200 JuristInnen, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von LandwirtInnen und Umweltverbänden aus aller Welt zusammen.

Das PERMANENT PEOPLE'S TRIBUNAL existiert seit 1979. Es wurde gegründet, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, die sich dem institutionellen Recht entziehen. Hervorgegangen ist das PPT aus dem Russell-Sartre-

Tribunal zur Untersuchung des Vietnamkriegs. Das Verfahren folgt den strengen Regeln einer juristischen Verhandlung und bezieht sich auf existierendes Recht, zum Beispiel die UN-Deklaration für Menschenrechte. Das Urteil wird den Vereinten Nationen sowie den verantwortlichen Regierungen zugestellt.

In der Jury des PPT sitzen JuristInnen aus aller Welt. Den Vorsitz hat momentan Upendra Baxi inne, Rechtsprofessor an der Universität von Warwick. Das PESTIZID AKTIONS-NETZWERK hatte der Jury eine 300-seitige Anklageschrift vorgelegt, in der die Folgen des weltweiten Pestizid-Einsatzes akribisch dokumentiert werden.

### Weltweit Opfer

Eröffnet wurde die Sitzung in Bangalore von M. N. Venkatachaliah, dem ehemaligen obersten Richter Indiens. Auf der Anklagebank saßen die sechs größten Hersteller von Agrogiften: MONSANTO, DOW, BASF, BAYER, SYNGENTA und DUPONT. Diese „Big6“ kontrollieren 71 Prozent des globalen Pestizid-Marktes und 58 Prozent des kommerziellen Saatgut-Marktes. Die Agro-Industrie stellt somit einen der am stärksten konzentrierten Wirtschaftszweige der Welt dar.

In der Anhörung kam eine große Zahl von Betroffenen zu Wort. So berichteten malaysische Arbeiterinnen über Vergiftungen und Todesfälle in Palmöl-Plantagen. „Ich habe Paraquat ohne jegliche Schutzkleidung versprüht, da ich die Gefahren nicht kannte“, so Nagama Raman. Das von der schweizer Firma SYNGENTA produzierte Herbizid ist hochgiftig und in der Schweiz seit 1989 verboten. Dennoch vertreibt das Unternehmen den Wirkstoff in mehr als 100 Ländern. Mit verheerenden Folgen: Nagama Raman ist wegen chronischer Gesundheitsschäden nicht mehr in der Lage, für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Noch schlimmer traf es Petrona Villasboa aus Paraguay. Ihr Sohn Silvino wurde mit Glyphosat besprüht, als er mit dem Fahrrad durch eine Soja-Plantage fuhr. Der elfjährige Junge starb fünf Tage später an der Vergiftung. Auch seine Geschwister und Eltern erkrankten schwer. Zwar wurde die Ursache von Silvinos Tod gerichtlich eindeutig festgestellt. Dennoch wurde die Firma MONSANTO nicht zur Rechenschaft gezogen und kann Glyphosat, das weltweit am meisten eingesetzte und hauptsächlich beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zum Einsatz kommende Ackergift, ungestört weiter vermarkten.

Dass die Verantwortlichen straffrei ausgehen, ist gängige Praxis, nicht zuletzt auch in Indien. So konnte das ursprünglich von HOECHST entwickelte Insektizid Endosulfan, das vor zehn Jahren im Portfolio von BAYER landete, jahrzehntelang ungehindert für Vergiftungen, Todesfälle und Missbildungen sorgen. Allein im indischen Bundesstaat Kerala, wo LandwirtInnen das Präparat auf Cashewfrucht-Plantagen einsetzen, starben rund 4.000 Menschen infolge der Flugzeug-Sprühungen. Die Ärzte Dr. Mohan Kumar and Dr. Mohammed Asheel, die die Betroffenen seit Jahren behandeln, berichteten dem Tribunal von schrecklichen Gesundheitsschäden. BAYER hat den Wirkstoff zwar vor wenigen Monaten aus dem Verkehr gezogen, aber indische Firmen produzieren das Pestizid noch heute.

Und selbst dort, wo Agro-Chemikalien wie Endosulfan gar nicht ausgebracht werden, leiden die Menschen unter den langlebigen Schadstoffen. Denn viele Gifte sind biologisch kaum abbaubar; die Wirkstoffe migrieren über Luft- und Meeresströmungen bis in abgelegene Regionen, zum Beispiel die Arktis. Vi Waghii, eine Eskimo-Frau von der vor Alaska gelegenen Insel St. Lawrence, bezeugte vor dem Tribunal, wie sehr ihre Nahrung, hauptsächlich Fische und Robben, vergiftet ist. Die UreinwohnerInnen der Inseln vermögen sich deshalb nicht mehr auf traditionelle Weise ernähren und sind stattdessen auf teure Nahrungsmittel-Lieferungen aus den USA angewiesen.

### Wissenschaft in Gefahr

WissenschaftlerInnen pflichteten dem Richter Venkatachaliah bei, der in seinem Eingangsstatement die Befürchtung geäußert hatte, dass die moderne Wissenschaft mehr und mehr als Mittel der Ausbeutung fungiere, statt den Menschen zu dienen. Sie berichteten von dem weitreichenden Einfluss der Hersteller auf die Forschung. Oftmals diskreditieren BAYER & Co. AutorInnen kritischer Studien oder trocken sie finanziell aus, so die ForscherInnen.

Der Biologe Dr. Tyron Hayes von der Universität Berkeley legte der Jury seine Studien-Ergebnisse über die Wirkungen des Pestizids Atrazin von SYNGENTA dar. Dieses verhindert ihm zufolge die Bildung des männlichen Hormons Testosteron. Männliche Frösche produzieren nur noch wenig Sperma, bilden stattdessen weibliche Geschlechtsmerkmale aus und werden unfruchtbar. Was bei Fröschen, anderen Am-

### O-Ton BAYER



„Damit haben wir den Rekord aus dem Jahr 2010 noch übertroffen“

*BAYER-Chef Marijn Dekkers zum im Geschäftsjahr 2011 um vier Prozent auf 36,5 Milliarden Euro gestiegenen Umsatz.*

### Promis gegen Profit



„Die Verheißung, dass gentechnisch veränderte Pflanzen zur Lösung des Welt ernährungsproblems beitragen, hat sich leider gerade nicht erfüllt.“

*Wolfgang Huber, ehemaliger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*

phibien und Vögeln zu beobachten ist, ist teilweise auch auf Menschen übertragbar. Für diese Warnung erntete Dr. Hayes, den Unternehmen einst umwarben, Schmähungen als Außenseiter der Zukunft. Erschwerend kommt seine Kooperation mit Umweltverbänden dazu. Das alles hätte Hayes fast seine Stelle gekostet - sich mit den Multis anzulegen, ist auch für ForscherInnen nicht ungefährlich.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) schließlich rief das PPT in den Zeugenstand, um den Fall der weltweiten Bienensterben durch Neonicotinoide vorzustellen. Der BAYER-Konzern ist Weltmarktführer in dieser Substanz-Klasse, die in vielen Ländern wegen Risiken für Bienen nicht mehr frei in den Verkauf gelangen darf. In Deutschland, wo das BAYER-Pestizid Clothianidin im Jahr 2008 ein flächendeckendes Bienensterben verursachte (SWB berichtete mehrfach), erging beispielsweise ein Verbot für die Ausbringung auf Mais-Kulturen.



Zusammen mit dem britischen Imker Graham White informierte Philipp Mimkes von der CBG darüber, dass die französischen Behörden den vom Leverkusener Multi entwickelten Wirkstoff Imidacloprid wegen hoher Bienenschädlichkeit bereits 1999 aus dem Verkehr zogen. Sogar die UN-Umweltbehörde UNEP zeigt sich alarmiert. Sie veröffentlichte im vergangenen Frühjahr einen Bericht zu dem fortschreitenden Bienensterben, das wegen der verringerten Bestäubungsleistung auch eine Bedrohung für die Ernährungssicherheit darstellt, und bezeichnete die BAYER-Pestizide Clothianidin und Imidacloprid darin als Bedrohung für zahlreiche Tierarten. Die Pestizid-Gefahren für Insekten, Amphibien und Vögel nahmen dann auch einen großen Teil der Verhandlung ein und erhielten ein eigenes Kapitel im Urteil der Jury. Den Verkauf der Mittel stören solche Befunde allerdings nicht. Trotz gravierender Bedenken von WissenschaftlerInnen und ImkerInnen erfreuen sich Neonicotinoide noch großer Beliebtheit. Im vergangenen Jahr machte der Global Player mit diesen Substanzen einen Umsatz von 900 Millionen Euro - Grund genug für den Konzern, mit allen Mitteln gegen ein Verbot zu kämpfen.

### Einstimmige Verurteilung

Die sechsköpfige Jury verurteilte in ihrer Abschlusserklärung BAYER und die anderen fünf Unternehmen, die den Weltmarkt für Pestizide und Saatgut dominieren, wegen schwerster Umwelt- und Gesundheitsschäden. Der ungezügelter Einsatz von Agrogiften verletze das Menschenrecht auf Gesundheit und Leben; Millionen Menschen, vor allem in den Ländern des Südens, würden wissentlich hohen Risiken ausgesetzt, so die RichterInnen.

Neben den sechs Konzernen und ihren Herkunftsländern (USA, Deutschland, Schweiz) sprachen die JuristInnen auch den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation schuldig. Sie haben, so die Jury, durch ihre Programme die Macht der Konzerne vergrößert und den Einsatz von Pestiziden weiter begünstigt, ohne dabei auf die Einhaltung der Menschenrechte zu dringen.

Die Jury verlangt von den Regierungen der Herkunftsländer, Straftatbestände zur Aufklärung von Pestizid-Vergiftungen einzuführen. Auch seien entsprechende internationale Gesetze erforderlich. Besonders gefährliche Wirkstoffe wie Neonicotino-

ide müssten zum Schutz von Bienen und Wildinsekten unmittelbar verboten werden. Zudem ermahnten die JurorInnen die Firmen, jegliche Angriffe auf kritische WissenschaftlerInnen, UmweltschützerInnen und LandwirtInnen, die gegen Pestizidvergiftungen protestieren, einzustellen.

Zwar untersteht dem Tribunal keine Exekutive, so dass es nicht möglich ist, das Urteil zu vollstrecken. Der RichterInnen-Spruch kann aber als Grundlage künftiger Prozesse dienen. Darüber hinaus erzeugt er Druck auf nationale Regierungen, den doppelten Sicherheitsstandard zu untersagen, der es den Firmen erlaubt, verbotene Wirkstoffe zu exportieren.

Carina Weber, Geschäftsführerin des PESTIZID AKTIONSNETZWERKS Deutschland begrüßte das Urteil: „Dieses Tribunal macht deutlich, dass durch multinationale Agrarchemie-Konzerne begangene Menschenrechtsverletzungen in großem Ausmaß stillschweigend geschehen. Viele Opfer sind nicht in der Lage, ihre Rechte im eigenen Land juristisch einzufordern und auf globaler Ebene existiert kein wirksamer Mechanismus, um die Konzerne für begangene Menschenrechtsverletzungen haftbar zu machen.“

Einzelheft 9,50 €  
im Abo 6,15/4,70 €

3'12

**Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik**

Jetzt  
kennlernen:  
2 Monate Probeabo  
für nur 10 Euro  
[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

**Banken verschlanken!**  
Rudolf Hickel

**Terror und Tourismus,  
Griechen und Deutsche**  
Eberhard Rondholz

**Rettet Europa! Ohne den Euro?**  
Andreas Nölke

**Der Stillstand der Missbrauchsdebatte**  
Christian Füller

**Die Rechte von heute**  
Guido Speckmann und Gerd Wiegel

**Dämon Iran**  
Michael Lüders

**USA nach Obama  
und davor?**  
Jonathan Turley  
Norman Birnbaum

**Fukushimas Strahlen**  
Sebastian Pflugbeil

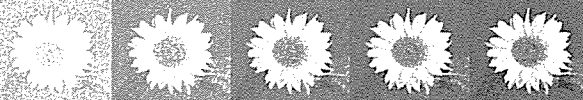


# Banken verschlanken!

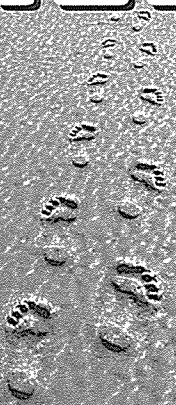
**Die aktuellen »Blätter« mit:**  
Rudolf **Hickel**, Jonathan **Turley**,  
Norman **Birnbaum**, Michael **Lüders**,  
Sebastian **Pflugbeil**, Christian **Füller**,  
Andreas **Nölke**, Eberhard **Rondholz**,  
Norman **Paech**, Albrecht **von Lucke**,  
Immanuel **Wallerstein u.v.a.**

**Weitere Infos auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)**  
030/3088-3644 | [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de)





# Spuren hinterlassen.



## Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

**Fax 0211 - 26 11 220**

Absender/in:

-----  
Vorname, Name

-----  
PLZ, Ort

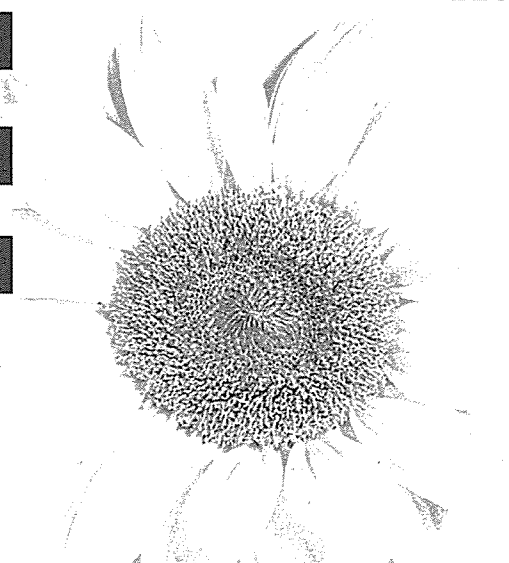
-----  
Straße, Haus-Nr.

-----  
Telefon, Fax

-----  
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

**eMailCBGnetwork@aol.com**



## BAYER in der Kritik

# Pestizide gehen an die Nieren



Das auf Nierenschäden spezialisierte Krankenhaus in Nueva Esperanza

*In einer Küstenregion El Salvadors leiden über 20 Prozent der Menschen an Nieren-Erkrankungen. Der Auslöser: Ackergifte von BAYER und anderen Herstellern.*

*Von Edgar Ayala*

Im Schatten eines Baumes beobachtet Francisco Sosa, wie sein Sohn den Acker für die Aussaat vorbereitet, indem er mit einem Herbizid gegen das wuchernde Unkraut vorgeht. Der 60-Jährige würde gern mithelfen, darf es aber aus Gesundheitsgründen nicht. Der jahrelange Kontakt mit den Pflanzengiften hat ihn wie viele andere Bauern und Bäuerinnen in seinem Ort im Südosten von El Salvador krank gemacht.

Sosa leidet an einer Nieren-Insuffizienz, einer chronischen Krankheit, die in ihrer

akuten Phase sogar zum Tod führen kann. „Die Ärzte haben mir gesagt, dass ich kein Gift mehr versprühen soll. Das könnte meine Krankheit weiter verschlimmern“, erklärt er. In der Region Bajo Lempa, in der sich auch Nueva Esperanza befindet, berichten Menschen und Medien seit Jahren über eine alarmierende Zunahme von Nierenleiden. Dort wurde mehr als ein Jahrhundert lang teils unter intensivem Einsatz von Chemikalien Baumwolle angebaut.

Seit den siebziger Jahren sind die FarmerInnen zwar auf Mais, Bohnen und andere Getreide- und Gemüsesorten umgestiegen, Herbizide und Pestizide kommen aber weiterhin reichlich zum Einsatz. In einigen Gemeinden von Bajo Lempa wie Ciudad Romero leiden 20,7 Prozent der Bevölkerung an chronischen Nierenerkrankungen.

In anderen Ländern hingegen seien nur 1,4 bis 6,3 Prozent der Menschen von einer Nieren-Insuffizienz betroffen, so die

vorläufigen Ergebnisse einer Studie des salvadorianischen Gesundheitsministeriums. Begonnen wurde die Untersuchung 2009, als mit Mauricio Funes ein Vertreter der moderaten Linken das Präsidentenamt übernahm. Funes hatte im Bürgerkrieg von 1980 bis 1992 auf Seiten der linken RebellInnen der Nationalen Befreiungsfront „Farabundí Martí“ (FMLN) gekämpft, die sich heute als reguläre Partei etabliert hat.

Die Studie, deren endgültige Ergebnisse im kommenden Oktober vorliegen sollen, liefert zwar keine Bestätigung dafür, dass Agrochemikalien der eigentliche Auslöser für die gehäuft auftretenden Beschwerden sind. Immerhin enthält sie aber deutliche Hinweise, welche die Warnungen von LandwirtInnen und UmweltschützerInnen untermauern. Dass mehr als 82 Prozent aller Männer in der Region mit Herbiziden und Pestiziden hantieren, hebt der

**„Die Krankheit hängt mit den chemischen Substanzen zusammen, die vor allem in der Landwirtschaft in den Küstengebieten verwendet werden“**

Bericht als wichtigen Risikofaktor hervor. „Die Krankheit hängt mit den chemischen Substanzen zusammen, die vor allem in der Landwirtschaft in den Küstengebieten verwendet werden“, sagte Gesundheitsministerin Maria Isabel Rodríguez: „Wir haben skandalöse Zahlen, die es sonst in keinem Teil der Welt gibt.“ Die Erkrankten seien in der Mehrzahl Bauern im Alter von 18 bis 60 Jahren.

Mauricio Sermeño von der Umweltorganisation UNIDAD ECOLÓGICA SALVADOREÑA verwies auf den massiven Einsatz von Pestiziden und Herbiziden während des Baumwoll-Booms. Damals wurde vielfach DDT verwendet. Wegen der gesundheitsschädigenden Wirkung wurde die Agro-Chemikalie schließlich verboten. In El Salvador seien aber nach wie vor hoch-

toxische Agrochemikalien wie GRAMOXON des Agro-Multis SYNGENTA und HEDONAL von BAYER auf dem Markt, erklärte der Experte. Sermeño macht diese Erzeugnisse für einen erheblichen Teil der Krankheitsfälle verantwortlich. Auf Nachfragen hat die BAYER-Niederlassung in dem zentralamerikanischen Land nicht reagiert. In Bajo Lempa gibt es nach Angaben von UmweltaktivistInnen mittlerweile kaum EinwohnerInnen, der nicht einen Verwandten oder Freund durch Nierenversagen verloren hätten.

Das auf Nierenschäden spezialisierte Hospital am Ort bietet Behandlungen während der verschiedenen Stadien der Krankheit an. In der letzten Phase werden die PatientInnen nach Hause entlassen, wo sie selbst die Dialyse durchführen müssen. Längst nicht alle Betroffenen können gerettet werden. „In 95 Prozent aller Gräber auf dem Friedhof von Nueva Esperanza liegen Menschen, die an Nieren-Problemen gestorben sind“, sagt Rosa María Colindres, die als Krankenschwester in der ersten staatlichen Nierenklinik in dieser Zone arbeitet.

„Wenn ich nicht selbst die Dialyse machen würde, wäre ich längst tot“, meint der Bauer Wilfredo Ordoño. Er erinnert sich daran, dass früher aus dem Rucksack-Sprayer oft Flüssigkeit ausgetreten sei, die sich über seine Schultern verteilt habe: „Ich denke, dass mich das erledigt hat.“

Bajo Lempa ist ein Küstengebiet, in dem der gleichnamige Fluss in den Pazifik mündet. Jedes Jahr kommt es dort zu Überschwemmungen, die Ernten vernichten. Seit dem Ende des Bürgerkriegs 1992 wurden die früher Großgrundbesitzern gehörenden Ländereien aufgeteilt und zur Bewirtschaftung an ehemalige RebellInnen vergeben, die wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden sollten.

Die politisch überwiegend links-orientierten BewohnerInnen der Region werfen den früheren Regierungen unter Führung der konservativen Aren-Partei vor, nicht an einer Eindämmung der Krankheitswelle interessiert gewesen zu sein. So gebe es bis heute keine effizienten gesetzlichen Regelungen für den Handel und Umgang mit Agrochemikalien. Ein 2004 geschlossenes Übereinkommen sei praktisch nicht befolgt worden.

*Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Inter Press Service Deutschland (IPS)*

## Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern  
30. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieber:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
http://www.CBGnetwork.org  
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Jan Pehrle (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000  
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000  
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005 (1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

### Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

### Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 2011 den Henry-Matheus-Preis, sowie 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Im Jahr 2008 war Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura für den Alternativen Nobelpreis nominiert. Des Weiteren erhielt er den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrd Müller/Pharmakolog/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg († 2003)

Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
wöchentlich.




[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

bomast ohnehin schon genug belastet – Entwicklungsdefizite aufweisen. Mehr Auslauf wäre auch kontraproduktiv: „Diese Drangsal ist bewusst hergestellt. Bei genügender Bewegung würden die Schweine ja nicht so schnell zunehmen“, schreibt der Tierarzt und ehemalige Veterinärämtsleiter Hermann Focke in seinem Buch „Die Natur schlägt zurück“. Viele Tiere überleben nicht einmal den Transport zum Schlachthof. 400.000 von ihnen erleiden laut Focke alljährlich auf dem Weg zu ihrem letzten Gang den „akuten Herztod“. Ihre ZüchterInnen kümmert das nicht - sie berechnen die Rentabilität nicht pro Tier, sondern pro Quadratmeter Stallfläche.

### Immer dabei: BAYTRIL

Hühner, Puten, Mastenten und Legehennen leben unter ähnlichen Umständen und erleiden deshalb ähnlich oft Krankheiten. Auf der Liste ganz oben bei Schwein & Co. stehen Infektionen. Als Medikamente kommen folglich bevorzugt Antibiotika zum Einsatz. Wegen der Ansteckungsgefahr gelangt in der Regel gleich der ganze Bestand in den Genuss dieser Mittel. „Unter den gegenwärtigen landwirtschaftlichen Bedingungen ist die Anzahl der Tiere pro Stall sehr hoch. Deshalb ist die Behandlung der gesamten Herde und nicht die individuelle Medikation das Mittel der Wahl, um den Infektionsdruck zu mildern und die Ansteckungsgefahr zu senken“, rät BAYER.

So erklärt sich der hohe Verbrauch. Mehr als die Hälfte der gesamten Antibiotika-Produktion landet in den Tierställen. 2005 waren es allein in der Bundesrepublik 784 Tonnen. Einen nicht geringen Anteil daran hat nach einer Untersuchung des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums BAYTRIL, mit dem der Leverkusener Multi im Geschäftsjahr 2010 einen Umsatz von 166 Millionen Euro machte. Die Studie überprüfte 200 Betriebe und verfolgte 894 Mast-Perioden mit insgesamt mehr als 23 Millionen Tieren. Dabei erhielten mit 18 Millionen 76 Prozent aller Hühner Antibiotika, durchschnittlich knapp sieben Mal in ihrem kurzen Leben. Wiederum knapp fünf Prozent davon bekamen Fluorchinolone wie BAYTRIL. Die 1,65 Millionen Puten mussten zu 90 Prozent Antibiotika schlucken, der Anteil der Fluorchinolone mit dem BAYTRIL-Wirkstoff Enrofloxacin oder anderen belief sich auf ca. 7,5 Prozent. Die Antibiotika-Quote bei den 170.000 Mastschweinen betrug 68 Pro-



BundestierärztInnen-Präsident Dr. Harst  
Stallung „Gesunde Tiere - gesunde Le-

zent, die Fluorchinolone-Quote 68 Prozent. Und 90 Prozent der Tiere wurden Antibiotika verabreicht, 90 Prozent davon Fluorchinolone.

### Immer mehr Resistenzen

Dieser massenhafte Einsatz von Antibiotika & Co. in der Massentierhaltung verursacht massive Probleme. Die Bakterienresistenzen gewöhnen sich an die Antibiotika und bilden trotz ständig erhöhter Dosen Resistenzen aus. Über den Nahrungsketten können diese Bakterien in den menschlichen Organismus gelangen und zu schwer behandelbaren Gesundheitsstörungen führen. Das Stall-Personal als Überträger der Antibiotika-Eintrag in die Umwelt über die Gülle und der zu einer Bedrohungslage mit dieser Medikation der Humanmedizin tragen ebenfalls zur Bedrohungslage bei.

Ende der 1990er Jahre starb ein amerikanischer Wissenschaftler nach Angaben von Williams zufolge weltweit 200.000 Menschen, weil Antibiotika nicht mehr helfen konnten. In Deutschland sorgte 2005 allein ein mangelnde Wirksamkeit von „Staphylococcus aureus“-Keimen für 10 Todesfälle. Und in der Bundesrepublik liegen nach Angaben des Robert-Koch-Institutes alljährlich ca. 15.000 Menschen an Infektionen. Erst im März 2006 wurde die Schließung einer Bremer Fischerei-Station Schlagzeilen, der es gelang, durch reichen Sanierungsmaßnahmen von einem Darm-Bakterium den Tod dreier Frühchen nicht ganz zu verhindern, den Keim zu vertreiben.

BAYER trägt hier eine besondere Verantwortung, da das Unternehmen Antibiotika für die Veterinärmedizin und Humanmedizin anbietet – noch dazu aus derselben Substanzklasse wie CIPROBAY mit dem Wirkstoff



Foto: BAYER

ns-Joachim Götz verharmlost die Antibiotika-Resistenzen auf der BAYER-Veranbensmittel". Rechts daneben: Dr. Klostermann

te lag bei 7,2  
33.000 Kälber  
icht, 6,5 Pro-

**tenzen**

von BAYTRIL  
haltung verur-  
Die Krankheit-  
die Mittel und  
r Dosen Resi-  
rungskreislauf  
den menschli-  
und dort unbe-  
rungen auslö-  
s Überträger,  
e Umwelt z. B.  
sorglose Um-  
ntengruppe in  
in Übrigen zur

ben dem US-  
aftler Dudley  
bereits rund  
ibiotika ihnen  
In den USA  
ultiresistenter  
im für 18.650  
esrepublik er-  
Max-Planck-  
000 Personen  
12 machte die  
Krankenhaus-  
trotz umfang-  
nen nach dem  
verursachten  
gelungen war,

ndere Verant-  
en gleichzeitig  
- und die Hu-  
h dazu solche  
asse. Sowohl  
off Ciproflox-

cin als auch BAYTRIL mit dem Wirkstoff Enrofloxacin gehören zu den Fluorchinolonen. Da verwundern die hohen Resistenz-Raten dann kaum. So stieg die Zahl der CIPROBAY-resistenten „Staphylococcus aureus“-Erreger nach Angaben des „German Network for Antimicrobial Resistance Surveillance“ von 1990 sechs Prozent auf über 26 Prozent im Jahr 2006. Die Zahl der CIPROBAY-resistenten „Staphylococcus epidermidis“-Keime nahm der PEG-Resistenzstudie zufolge von 1995 55,3 Prozent auf 2004 70,1 Prozent zu, die der „Escherichia coli“-Erreger von 5,2 auf 21,9 Prozent. Auch gegen 90 Prozent der „Enterococcus faecium“-Erreger, 76,3 Prozent der „Staphylococcus haemolyticus“-Erreger und knapp 40 Prozent der „Enterococcus faecalis“-Erreger erwies sich das BAYER-Mittel als machtlos, wie verschiedene Untersuchungen ergaben. Der „Germap 2008“-Bericht über Antibiotika-Resistenz und -Verbrauch führt diesen Abnutzungseffekt auch auf zu häufige CIPROBAY-Verschreibungen bei Erkrankungen zurück, die durch einen Virus hervorgerufen werden und deshalb durch Antibiotika gar nicht therapierbar sind. Vom einem „potentiell inadäquaten Einsatz dieser Substanz bei Atemwegsinfektionen“ spricht der Report. Sein alarmierendes Fazit lautet: „Im Hospitalbereich ist in den letzten 10 – 15 Jahren eine z. T. deutliche Zunahme der Resistenz-Häufigkeit gegenüber Antibiotika festzustellen. Der



**Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
in der  
Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)





Kein Schwein gehabt

Resistenz-Anstieg betrifft besonders die Fluorchinolone, Aminopenicilline und Trimethoprim/Sulfamethoxazol (Cotrimoxazol).“

Bei TOTOCILLIN sieht die Lage nicht besser aus. Die Effektivität des seit 2010 wieder erhältlichen Breitband-Antibiotikums zur Behandlung von Euter- und Gebärmutterentzündungen lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Immer mehr Keime trotz den beiden Wirkstoffen Ampicillin und Oxacillin. Die Rate der Ampicillin-resistenten „Enterococcus faecium“-Stämme legte von 1995 48,7 auf 89,1 Prozent im Jahr 2004 zu, diejenige der E.coli-Stämme von 35,8 auf 50,7 Prozent. Auch immer mehr Shigella-, Campylobacter-, Salmonellen- und „Yersinia enterocolitica“-Erreger zeigten sich der Substanz gewachsen, während dem Oxacillin vor allem „Staphylococcus epidermidis“- und „Staphylococcus haemolyticus“-Keime trotzten.

### BAYER wiegelt ab

Der Leverkusener Multi will von alledem nichts wissen. Er streitet trotz seiner

Empfehlung, bei Infektionen gleich den ganzen Bestand einer Antibiotika-Behandlung zu unterziehen, und trotz der Zahlen des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums die Beteiligung BAYTRILs am Massenzucht-System und seinen Folgen ab. „Das Antibiotikum BAYTRIL wird ausschließlich injiziert und nicht dem Futter beigemischt. Deshalb ist es für die Massentierhaltung nicht geeignet“, erklärte ein Sprecher gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*. Über Lösungen zum Eingeben mittels einer Dosierpumpe und Gaben über das Trinkwasser breitete er dezent den Mantel des Schweigens aus.

Auch die abnehmende Wirksamkeit von CIPROBAY und AVALOX (Wirkstoff: Moxifloxacin) ignoriert der Pharma-Riese. Eine „günstige Resistenz-Lage“ bescheinigt das Unternehmen Moxifloxacin in einem Artikel, den es in der Fachzeitschrift *Der Kassenarzt* unterbrachte. Und in einer Broschüre schreibt der Konzern: „Bislang liegen kaum Belege dafür vor, dass der Gebrauch von Fluorchinolonen in der Veterinärmedizin ungünstige Auswirkungen auf Fluorchinolon-Therapien in der Humanmedizin hat.“

Für diese Haltung organisiert sich der Multi auch Beistand. So initiierte er im September 2011 ein Podiumsgespräch zum Thema „Gesunde Tiere – gesunde Lebensmittel“ mit „80 Meinungsbildnern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Medien“. In dessen Verlauf nahm der Bundestierarzt-Präsident Dr. Hans-Joachim Götz die Massentierhalter vor dem Vorwurf in Schutz, Zuchtbetriebe für Resistenzen zu unterhalten. Er sprach stattdessen von einer unauffälligen Resistenz-Situation in der Veterinärmedizin – es bestehe „kein Grund für Hysterie“.

Solche Meinungen kommen nicht von ungefähr. BAYER lässt sich die Pflege der tiermedizinischen Landschaft viel kosten. Der Konzern spendiert schon Studierenden Sezierbesteck, finanziert Kongresse und richtet Fortbildungsveranstaltungen „zur Produktivitätssteigerung im Schweinestall“ aus. Zudem lockt er mit „Bildungsreisen“ in ferne Länder, stiftet Lehrstühle und sponsert Universitäten. Die tierärztliche Hochschule Hannover, die dem Leverkusener Multi auch eine Forschungsprofessur für „Veterinärmedizinische Dermatopharmakologie“ „verdankt“, unterhält sogar einen BAYER-Hörsaal.

Darüber hinaus sind die VeterinärInnen ihre eigene Apotheke und verdienen direkt an den Medikamenten, für die sie Rezepte ausstellen. Der ehemalige Vizepräsident der bayrischen Landestierärztekammer, Rubert Ebner, spricht deshalb von einer riesigen Abhängigkeit der Pharmaindustrie gegenüber und fordert eine Trennung von Verschreiben und Verkauf. Die BundestierärztInnen-Kammer lehnt jedoch die Abschaffung dieses so genannten Dispensier-Rechtes ab. So wenig, wie sie ihre Bande zu BAYER & Co. lösen will, so wenig geht sie auf Distanz zur Massentierhaltung. Die Kammer fügt sich stattdessen ins Gegebene und klagt in ihren Leitlinien zum Umgang mit BAYTRIL & Co. lediglich still und leise über die „agrarpolitischen Rahmenbedingungen, die die Therapie beeinflussen“.

### Und die Politik?

Bislang haben sich diese Rahmenbedingungen trotz der immer bedrohlicheren Entwicklung kaum geändert. Die Behörden zogen lediglich einige Präparate aus dem Verkehr oder erließen Anwendungsbeschränkungen. 1998 stoppte die EU den

144 Seiten ISBN 978-3-932309-33-5

## Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

**B U C H T I P P**

**G U T S C H E I N :**  
... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

Hamburg/Schleswig-Holstein     Berlin/Brandenburg  
 Nordrhein-Westfalen         Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 • www.gruenes-branchenbuch.de  
service@gruenes-branchenbuch.de

10.05.11

Verkauf von BAYERs OLAQUINDOX und zwei weiteren Mitteln. Im Jahr 2005 untersagten die USA die Verwendung von BAYTRIL in der Hühnermast wegen der zunehmenden Anzahl von fluorochinolon-resistenten Campylobacter-Bakterien. Der Leverkusener Multi hatte vorher alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Bann zu verhindern. So engagierte er mehrere LobbyistInnen und brachte 26 Kongress-Abgeordnete dazu, einen Brandbrief an den Leiter der US-Gesundheitsbehörde FDA zu schreiben, in dem die PolitikerInnen BAYTRIL & Co. „als absolut notwendig zum Schutz der Gesundheit der Tiere“ bezeichneten. Die Institution sah in dem Vorstoß jedoch einen Versuch, die Gesetze zu brechen und blieb bei ihrer Position. Ein Jahr später reagierte auch die EU nochmals und verbot den Einsatz von Antibiotika als Wachstumsförderer, während die Bundesrepublik in ihren Regelungen zum fachgerechten Umgang mit den Mitteln gegen die prophylaktische Verabreichung vorgeht.

Gebracht hat das wenig, denn trotz dieser Einschränkungen nahmen die Verkaufsmengen nicht ab – im Gegenteil. Zuletzt hat das eine Studie des nordrhein-west-


fälischen Landesamtes für „Natur, Umwelt und Verbraucherschutz“ gezeigt. Für den grünen NRW-Umweltminister Johannes Rimmel ließ das Ergebnis nur einen Schluss zu: „Entweder handelt es sich um Wachstumsdoping, was seit 2006 EU-weit verboten ist, oder aber das System der Tiermast ist so anfällig für Krankheiten, dass es ohne Antibiotika nicht mehr auskommt.“

Der wachsende politische Druck von Seiten der Grünen und der Öffentlichkeit hat dann auch die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner dazu veranlasst, sich zu bewegen. Sie kündigte ein ganzes Maßnahme-Paket an. So will die CSU-Politikerin die Antibiotika-Ströme besser dokumentieren, Betrieben mit besonders hohem Verbrauch ein Minimierungskonzept verordnen und den Bau großer Mastanlagen erschweren. Auch das tierärztliche Dispensier-Recht steht auf dem Prüfstand.

Ob es fällt, bleibt jedoch die Frage, denn die Veterinär-MedizinerInnen haben einen mächtigen Fürsprecher in Berlin: Der Kollege Hans-Michael Goldmann von der FDP leitet nämlich den Agrar-Ausschuss und

hat schon seine Ablehnung bekundet. Aber nicht nur an der Durchsetzungskraft Aigners werden Zweifel laut, vielen geht das Vorhaben an sich nicht weit genug. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen, Friedrich Ostendorff, bezeichnete die Auflagen für Massentälle als „wirkungslos“, weil sie erst ab 85.000 Hühnern und 3.000 Schweinen griffen. Und Johannes Rimmel kritisierte die allzu lückenhaften Transparenz-Regeln für die Verordnungen von BAYTRIL & Co. Zudem vermisst er einen konkreten Plan zur Reduktion dieser Arzneistoffe und ein Bekenntnis zum Ziel einer Tierhaltung ohne Antibiotika.

Dazu jedoch möchte sich das Ministerium nicht durchringen. Der zuständige Abteilungsleiter Bernhard Kühnle bezeichnet die neue Antibiotika-Pläne zwar als einen Eingriff in die Schlüsselindustrie der Landwirtschaft, der sich zum Wohle der Zwei- und Vierbeiner auswirken wird, aber an die Grundursache ihres Leids, die Massentierhaltung, will er nicht ran. Betriebe mit 10.000 Hühnern könnten gut und solche mit 2.000 schlecht geführt sein, sagte er laut *Faz*. Also dürfte sich an den Verkaufszahlen für BAYTRIL vorerst nicht viel ändern.



# Besitzen Sie Bayer-Aktien?

**Informationen abfordern, jetzt!**

**Kritische BAYER-AktionärInnen • Coordination gegen BAYER-Gefahren**  
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fon 0211 - 333911 • Fax 0211 - 333940  
 e-mail: [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert.  
 Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

Die Banken vertreten mit Ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.\*

Ja, ich möchte mehr Informationen.  
 Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr  
 Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).  
 Mein Beitrag soll betragen ..... Euro im Jahr  
 Bitte abbuchen  monatlich  vierteljährlich  
                    halbjährlich  jährlich  
 Ja, ich spende ..... Euro  
 Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Name, Vorname	
Straße, Nr.	PLZ, Ort
Für/Fax	Konto-Nr.
Bankleitzahl	Geldinstitut
Datum/Unterschrift	Beruf
eMail	Geburtsjahr

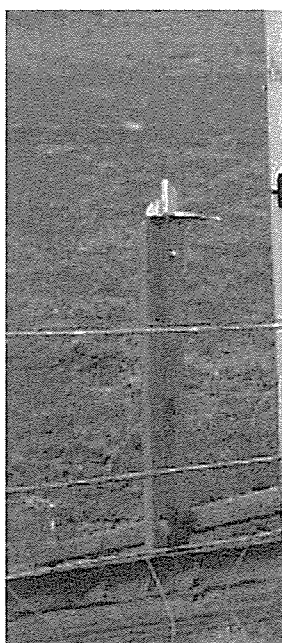
Für Abo, Beitrag und/oder Spende nebenstehende Lastschrift ausfüllen.

schneller und noch kostengünstiger laufen können. Wären da nicht die vielen engagierten Leute, die ebenfalls seit Jahren gegen die Inbetriebnahme der hochgiftigen CO-Pipeline des Konzerns kämpfen.

### Wie alles anfing

Den Startschuss für die Pipeline gab der 15. März 2006, als das „Rohrleitungsgesetz“ im Plenum des NRW-Landtages ohne Aussprache beschlossen wurde. Das ging so glatt über die Bühne, weil schon zuvor der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie eine Empfehlung für eine Zustimmung ausgesprochen hatte. In den Umweltausschuss brachten CDU und FDP den Gesetzentwurf erst gar nicht ein. Und dem Plenarsaal präsentierten sie ihn am 16. März unter dem irreführenden Titel: „Flüssiggas als Chance für mehr Versorgungssicherheit und Wettbewerb im Gasmarkt.“ Auch die spätere Bezeichnung des Paragrafen-Werks trug nichts zur Erhellung bei: „Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen“.

Die partielle Blindheit der Landtagsabgeordneten oder potentielle Verblödung angesichts des harmlos erscheinenden Rohrleitungsgesetzes erklärt sich vielleicht auch etwas, wenn die „Geburtsstunde“ des Gesetzes in den Blick gerät. In dem Zusammenhang taucht die Frage auf, ob das Gesetz nach den Regeln der Geschäftsordnung des Landtages überhaupt hätte verabschiedet werden dürfen. Der Paragraph 39 hängt die Latte noch: „Der Landtag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist“. Aus heutiger Sicht ist es strittig, ob damals genug Abgeordnete im Saal waren. Das jedoch thematisierte während der Sitzung niemand, weshalb keine Ahndung erfolgte. Es hätte allerdings auch eine schnelle Reaktion sein müssen: „Die Beschlussfähigkeit des Hauses kann nur unmittelbar vor (Hervorhebung der Verfasser) einer Abstimmung angezweifelt werden.“ Nach der Abstimmung – oder heute – sind die Zweifel nicht mehr rechtswirksam. Es stellt sich trotzdem die Frage, warum kein einziger der späteren KritikerInnen der CO-Pipeline erklärt hat: „Aber hallo, der Saal ist ja mehr als nur halb leer!“ In diesem Fall hätte sich allerdings der zweite Notausgang geöffnet: „Wird die Plenarsitzung wegen Beschlussunfähigkeit aufgehoben, so wird die Abstimmung zu Beginn der nächsten Sitzung nachgeholt.“



mung zu Beginn der nächsten Sitzung nachgeholt.“

Die ProtokollantInnen des Landtages wissen es leicht, denn der Tagesordnungspunkt 13 war in wenigen Minuten abgehandelt: „Auch hier ist die Entscheidung heute nicht vorgesehen, sondern wird unmittelbar zur Abstimmung kommen.“ Wer dieser Empfehlung folgt, wer der möge die Hand aufheben, wer abstimmt? – Enthaltungen? Die Tagesordnungsbeschlussempfehlung eines Ausschusses angenommen und in zweiter Lesung beschlossen. Protokoll 14/23 vom 15.03.2006 (S. 2411). So schnell geht das, wenn die Fraktionen einig sind. Die Sitzung ist übrigens nach Protokollangabe um 17.39 Uhr und endete um 17.39 Uhr. Der Tagesordnungspunkt 11 wurde in unterschiedlichen Minuten abgehandelt. Zeiten der einzelnen Fraktionen. Danach heißt es zum Tagesordnungsbeschluss: „Die Verabschiedung der Tagesordnung war außerhalb der „Kernzeit“ der Tagesordnung enthielt noch einen zentralen Hinweis: „Am Donnerstag, 16. März 2006, findet um 17.30 Uhr im Raum E 3 – Z 03 eine Landtagsveranstaltung statt.“

Die „Time to Market“ (Vorbereitung) zur Inbetriebnahme der CO-Pipeline ist auch noch nach den Geburtsurkunden. Zunächst läuft alles nach Plan. Der Startschuss für den Baubeginn der CO-Pipeline fällt am 15. März 2006 an drei Stellen gleichzeitig: in Dormagen, in Krefeld und in Duisburg-Süd. Ein Jahr später wird in alle





hsten Sitzung

Landtages hat-  
tagesordnungs-  
Momenten ab-  
eine Beratung  
odass wir un-  
kommen (...)  
olgen möchte,  
gen. – Gegen-  
– Damit ist die  
stimmig ange-  
sung“ (Plenar-  
2006 auf Seite  
wenn sich die  
Sitzung begann  
aben um 10.03  
Uhr. Bis zum  
den penibel die  
für die Rede-  
onen vorgege-  
„Beratungsver-  
„ohne Debat-  
des Gesetzes  
it“ avisiert. Die  
h einen ergän-  
nnerstag, dem  
h 9.15 Uhr im  
ndtagsandacht

rbereitungszeit  
(O-Pipeline) kam  
tswehen nicht.  
Plan. Der Start-  
der Kohlenmo-  
ebruar 2007 an  
Solingen, Lan-  
üd. Ein halbes  
en Kommunen

gebuddelt. Aber dann kam von der 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf im Mai 2011 das Stopp-Zeichen: Die Bezirksregierung Düsseldorf hatte sich wieder einmal als kleiner Helfer von BAYER erwiesen und einen Planfeststellungsbeschluss geliefert, der zwar den Interessen von BAYER entsprach – aber nicht der Rechtslage. Auch für eine Pipeline muss der Antragsteller nämlich eine Erdbebensicherheit nachweisen. Und dieser Nachweis fehlte, weshalb die Pipeline nicht in Betrieb gehen durfte. Ein neues Planverfahren der Bezirksregierung Düsseldorf, mit dem es BAYER gelingt, eine Unzahl von „kleinen Fehlern“ zu korrigieren, wäre allerdings ein Freibrief für die spätere Inbetriebnahme.

### Die aktuelle Situation

Ein nächster Schritt ist auf das OVG in Münster gerichtet. Dort geht es dann wieder um Grundsätzliches: Sind die Interessen des BAYER-Konzerns identisch mit dem „Allgemeinwohl“? Durfte der NRW-Landtag ausgehend von dieser Gleichsetzung Zwangsenteignungen im Trassenbereich durch das Rohrleitungsgesetz legalisieren? Wann das Gericht diese Fragen



Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
in der  
Woche.

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



beantwortet, steht jedoch noch nicht fest. So schnell, wie der ehemalige Düsseldorf-Regierungspräsident Jürgen Büssow die Wünsche von BAYER erfüllte, so groß sind nach seinem Abgang die Hoffnungen der Pipeline-GegnerInnen, dass seine Nachfolgerin Anne Lütges Verstöße gegen die Planungsvorgaben wie zu schmale Sicherheitsmatten über der Pipeline, Schummeleien bei der Rohrqualität oder Abweichungen von der Trassenführung nicht mehr einfach so durchgewinkt. So legte das Verwaltungsgericht Stuttgart für eine Ethylen-Pipeline in Baden-Württemberg eine Distanz von mindestens 350 Metern zu Wohnhäusern fest. In Hilden nähert sich die CO-Pipeline Häusern aber bis auf 20 Meter. Bei einem Totalbruch gäbe es hier sofort 140 Tote. Hier hat BAYER nicht korrigiert. Bleiben auch noch die scharfen Bomben aus dem 2. Weltkrieg im Umfeld der Pipeline. Luftbild-Aufnahmen haben sich bei der Suche als unzuverlässig erwiesen. Trotzdem fanden sich auch ohne sichtbaren Anhaltspunkt gleich mehrere Exemplare.

### Vielfältige Aktivitäten

In einem Brief an sämtliche Abgeordneten des NRW-Landtages kritisieren die Geg-


nerInnen der CO-Pipeline von BAYER, dass sich dieser Chemie-Konzern neue Quellen für Monopol-Gewinne aus der Herstellung von Vorprodukten wie Polycarbonat sichern will. Als weitere Einnahmequelle wünscht sich der Leverkusener Multi, dass die hochgiftige CO-Pipeline endlich in Betrieb gehen soll. Die Forderung der CO-Pipeline-GegnerInnen an den Landtag: „Schalten Sie die CO-Pipeline 2012 politisch ab und stellen Sie Monopolen wie BAYER endlich einmal die Gegenrechnung auf.“ Dazu müsste der Landtag allerdings Entscheidungen treffen, mit denen die Giftgasleitung endgültig gestoppt wird.

Da dies eher unwahrscheinlich ist, gehen für die Initiativen der offene Protest und die Arbeit hinter den Kulissen weiter. Das Pipeline-Kataster, die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf durch die Bezirksregierung und deren Umgang mit dem Planfeststellungsverfahren sowie die von der rot-grünen Koalition angekündigte Evaluierung des Rohrleitungsgesetzes stehen an.

Der Koalitionsvertrag legt fest, dass die Landesregierung bis Ende 2010 das Rohrleitungsgesetz evaluieren muss. In der Vereinbarung heißt es dazu: „Die Landes-


regierung überprüft bis zum 31. Dezember 2010 die Auswirkungen dieses Gesetzes und unterrichtet den Landtag. In diesem Zusammenhang wollen wir den bislang versäumten Versuch unternehmen, in Vermittlung zwischen Unternehmen und Betroffenen einen Dialogprozess und eine umfassende Problemlösung auszuloten. Dabei soll auch ein Ausbau der Produktion von Kohlenmonoxid am Standort Uerdingen geprüft werden.“ Ein Gesetzesantrag, dass die Regierungsparteien von SPD und Grünen nach diesem Prozess das Rohrleitungsgesetz von CDU und FDP aufheben wollen, ist nicht bekannt.

Dieter Donner, Pressekoordinator der Initiativen, kündigte zum Auftakt der diesjährigen Aktivitäten einen Wiederaufbau der zerstörten Dauermahnwache in Hilden an. „Damit starten wir unsere öffentlichen Kampagnen im Jahr 6 der Planfeststellungsgenehmigung und empfinden Genugtuung darüber, dass auch vier Jahre nach dem ursprünglich geplanten Start des CO-Transportes durch diese Leitung noch kein Giftgas strömen konnte und durfte. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass dies so bleibt. Sicher werden die betroffenen Bürger wachsam bleiben und uns weiter unterstützen“, so Donner.



## XVII. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz

Januar 2012



Die Broschüre zur XVII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2012 mit allen Referaten, Auszügen aus der Podiumsdiskussion sowie Diskussionsbeiträgen und Interviews.

Die Broschüre zur Konferenz. Jetzt vorbestellen!

Die Broschüre erscheint voraussichtlich im März 2012

**Ja, ich bestelle**

Exemplare der Broschüre zur Rosa-Luxemburg-Konferenz 2012 zum Preis von 3,60 € (zzgl. 1,50 € Versandkosten, ab einer Bestellung von 10 Broschüren entfallen die Versandkosten). Die Broschüre ist ab Mitte März 2012 lieferbar.

Gesamtpreis:  €

**Meine Daten:**

Name/Vorname  CBG

Telefon/E-Mail

Straße/Nr.  PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

**Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag einmalig von meinem Konto abzubuchen:**

Kontonummer

Bankleitzahl  Geldinstitut

Datum/Unterschrift

**Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44**



taz.de

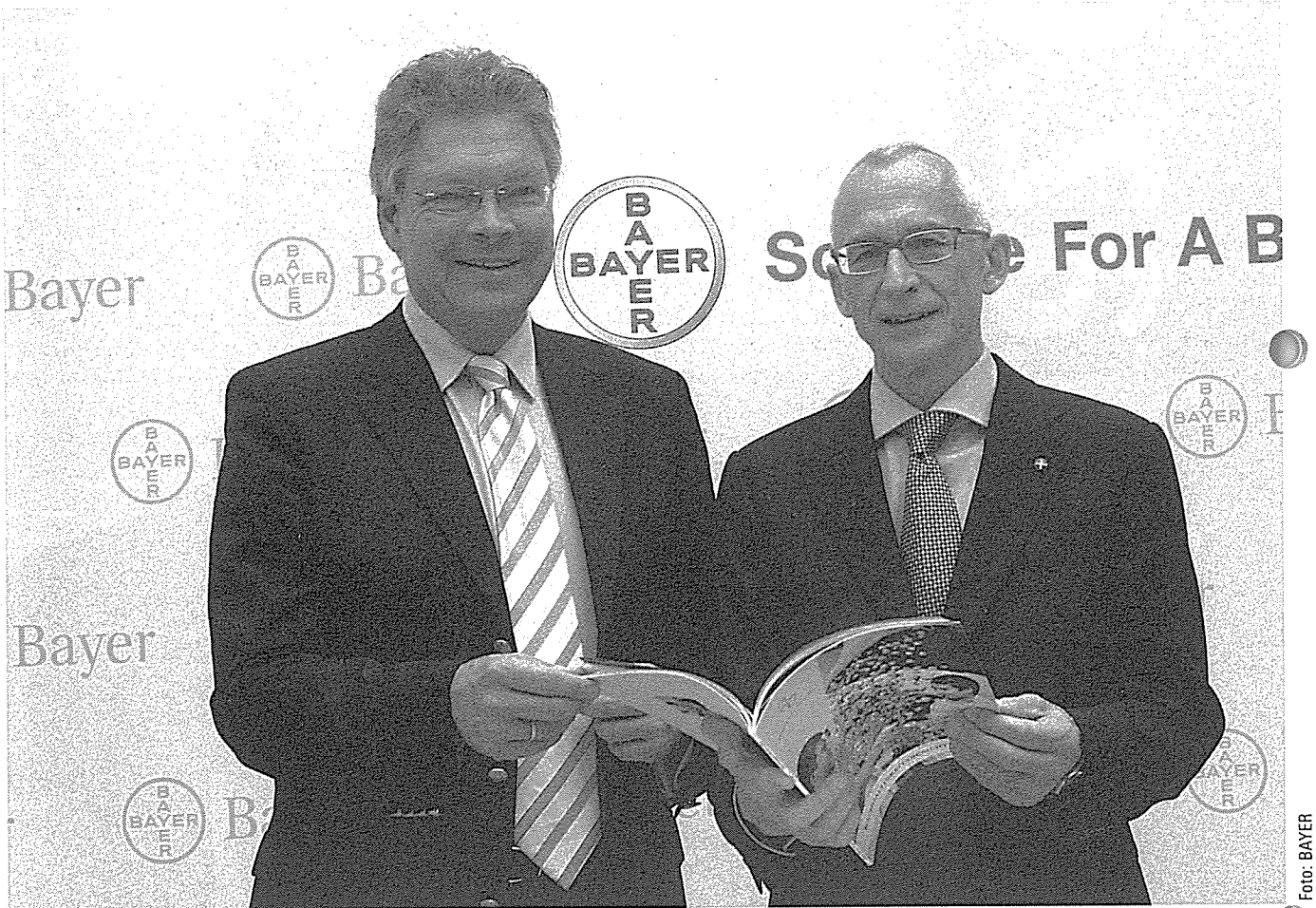


Eine Aktion für freiwilliges Bezahlen von taz.de

MEHR UNTER [TAZ.DE/TAZ-ZAHL-ICH](https://taz.de/taz-zahl-ich)  taz. die tageszeitung

Nachhaltig unnachhaltig

# BAYERs Umweltbilanz



BAYER Forschungsvorstand Wolfgang Plischke und Wolfgang Engshuber von der UN präsentieren den Nachhaltigkeitsbericht

Foto: BAYER

*Nachhaltigkeit, so weit das Auge reicht - dieses Selbstporträt zeichnete der Leverkusener Multi bei der Vorstellung seiner neuesten Umweltbilanz. Ein Blick in das Kleingedruckte ergibt jedoch ein ganz anderes Bild: Für Kohlendioxid und fast alle anderen schädlichen Stoffe steigen die Emissionswerte an.*

Von Jan Pehrke

Schon bei der Vorstellung erhielt der neueste Nachhaltigkeitsbericht des Leverkusener Multis Absolution von höchster Stelle. Ein Vertreter der Vereinten Nationen präsentierte ihn nämlich gemeinsam

mit BAYERs Forschungsvorstand Wolfgang Plischke - der bislang größte Erfolg der PR-Strategie des Konzerns, durch Kooperationen mit der UN etwas von der Nobilität der Organisation auf die eigenen

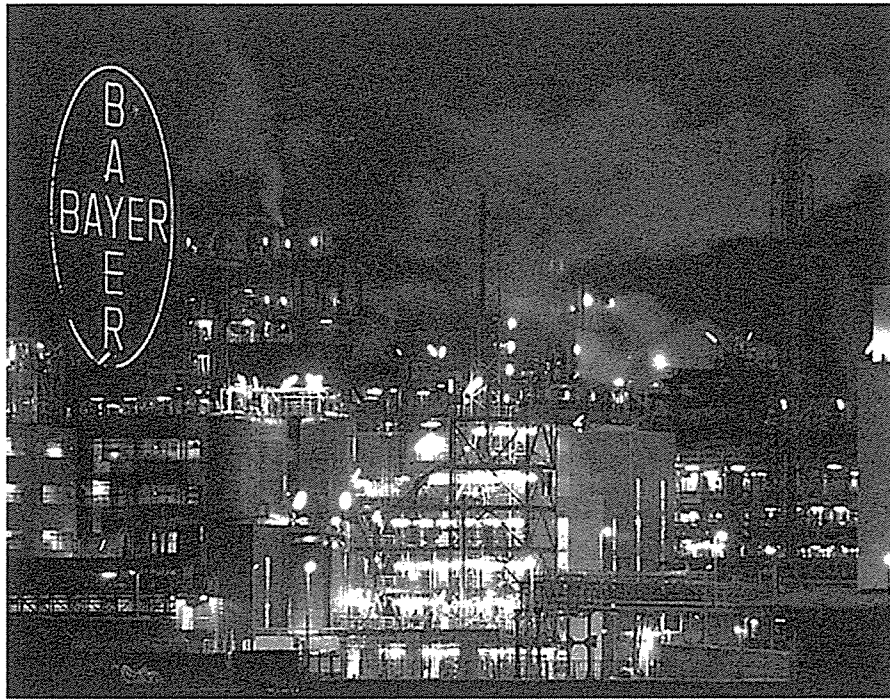
profanen Geschäfte abstrahlen zu lassen. Und Wolfgang Engshuber von der „UN-Initiative für nachhaltiges Investment“ zeigte sich dann auch sehr beeindruckt von dem Werk: „Da stehen ja ungeheuer

viel Informationen drin!". Zeit, sie zu bewerten, hatte er aber offensichtlich nicht, sonst wäre sein Urteil kaum so positiv ausgefallen.

### Alles öko oder was?

Damit hatte er den anwesenden ReporterInnen aber wenigstens voraus, den Report gelesen zu haben. Die JournalistInnen gaben sich gleich damit zufrieden, wiederzugeben, was Plischke ihnen in den Schreibblock diktierte. „Ein noch ambitionierteres Klimaziel“ habe sich das Unternehmen gesetzt, verkündete etwa die *Faz*. Als „signifikante Entkoppelung der Produktionsmenge vom Treibhausgas-Ausstoß“ lobte sie das Vorhaben, die Kohlendioxid-Emissionen pro Tonne Verkaufsprodukt gegenüber 2005 um 35 Prozent senken zu wollen. Dass dieser schönen neuen Relativitätstheorie eine häßliche absolute Zahl gegenüberstand - BAYERs CO<sub>2</sub>-Produktion stieg 2010 um fünf Prozent auf 8,5 Millionen Tonnen -, fand die Zeitung nicht weiter bedenklich. Und der *Rheinischen Post* zufolge hatte sich „der Chemie-Riese Nachhaltigkeit ganz groß auf die Fahnen geschrieben“. Sie übernahm nämlich unreflektiert den erweiterten Nachhaltigkeitsbegriff Wolfgang Plischkes, der darunter auch die Pillen-Fertigung bzw. „die Gesundheitsversorgung“ und die Pestizid-Produktion bzw. „die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung“ subsummiert - also fast die gesamte Produkt-Palette des Unternehmens.

Im Nachhaltigkeitsbericht selber geht BAYER ebenfalls nach der Methode vor, die harten Fakten hinter Begriffsnebel zu verstecken. So finden sich darin weit-schweifige Artikel über alles und jedes, aber die Tabellen mit der wirklichen Umweltbilanz hat der Multi im neuen Report aus den Texten genommen und an den unteren Rand der Seiten verbannt. Wer das Kleingedruckte trotzdem aufmerksam studiert, der verliert rasch den Glauben an einen grünen Global Player im Allgemeinen und ein „verstärktes Klima-Engagement“ im Besonderen. Da mochte Wolfgang Plischke bei der Präsentation



der Umweltbilanz noch sehr frohlocken: „Den größten Hebel zur Treibgas-Reduktion sehen wir bei der Energie-Effizienz in unseren Produktionsanlagen“ und von einer Senkung der produkt-spezifischen Emissionen schwärmen, unterm Strich bleibt für 2010 nur eine Steigerung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 400.000 Tonnen auf 8,5 Millionen Tonnen übrig. Und der Global Player denkt auch gar nicht an einen Abbau. Im Gegenteil: Von einem Vertreter der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auf der Hauptversammlung im April 2011 nach der zukünftigen Klimapolitik gefragt, kündigte BAYER-Chef Marijn Dekkers sogar eine Steigerung an. Im vorletzten Nachhaltigkeitsbericht ist diese noch genau beziffert: 9,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> stellt BAYER bis 2020 in Aussicht. Im neuen Nachhaltigkeitsbericht findet sich diese düstere Prognose nicht mehr - der Konzern hat das Feld unter der Rubrik „Ziel 2020“ lieber frei gelassen.

### Gift-Hotspot Vapi

Auch von den anderen, z. T. ebenfalls klimaschädigenden, aber vor allem die Ozonschicht zerstörenden Stoffen - unter dem Begriff ODS (ozon depleting substances) zusammengefasst - gelangt eine größere Menge in die Luft als im Vorjahr. Um 19 Prozent auf 20,8 Tonnen erhöhte sich der betreffende Wert. Und bei den besonders gefährlichen flüchtigen organischen Substanzen, den so genannten VOCs, gibt es gleichfalls keine Entwarnung. Mit 2.540 Tonnen im Jahr verzeich-

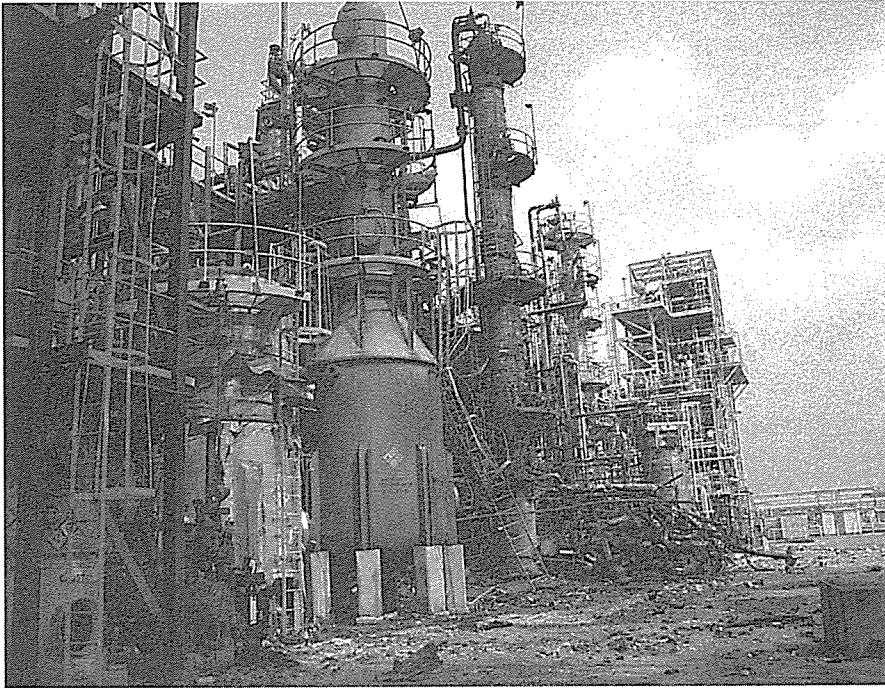
nete der Agro-Riese lediglich einen Rückgang von 50 Tonnen. Dafür macht der Pharma-Riese vor allem ein Werk verantwortlich. „Mehr als 70 Prozent dieser VOC-Konzern-Emissionen werden am BAYER CROPSCIENCE-Standort Vapi (Indien) emittiert“, konstatiert der Bericht. Auf einen solchen Anteil kommt die Fertigungsstätte auch bei den ODS. Der Leverkusener Multi befindet sich damit in guter Gesellschaft. Das US-amerikanische Blacksmith Institute hat die Industrie-Zone um Vapi mit ihren 1.500 Fabriken und 71.000 AnwohnerInnen lange zu den meistverseuchtesten Regionen der Erde gezählt, erst in jüngster Zeit verschwand sie dank einiger Umweltschutz-Projekte von der Liste. Indien selber setzte Vapi allerdings noch im letzten Jahr auf Platz 2 der meistverschmutztesten Gebiete im Land - hinter Ankleshwar, wo der Global Player ebenfalls eine gemeingefährliche Produktion betreibt (siehe *Ticker* 4/11). Seit Jahren verspricht er in seinen Nachhaltigkeitsberichten nun schon Besserung, passiert ist jedoch in Vapi bislang nichts. Jetzt kündigt das Unternehmen an, bis 2015 „Verfahrensoptimierungen und zusätzliche technische Maßnahmen in der Abluft-Reinigung“ durchzuführen. So lange müssen die Menschen also mindestens noch mit der Dreckschleuder made by BAYER leben.

Aber nicht nur mit Klima-Killern belastet der Konzern die Atmosphäre. Auch gesundheitsgefährdende Substanzen wie Kohlenmonoxid, Schwefeloxide, Stickoxide und Feinstäube blasen seine Schorn-

Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
wöchentlich.



[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



Ein „Umweltreignis“ am BAYER-Standort Institute

steine in die Luft. Die Mengen bleiben dabei konstant oder wachsen sogar, lediglich der Schwefeloxid-Wert ging 2010 geringfügig von 2.800 auf 2.700 Tonnen pro Jahr zurück.

### Wasser in Not

Mit den anderen Elementen geht der Multi nicht pfleglicher um. Sein Durst nach sauberem Wasser nimmt ebenso zu wie sein dringendes Bedürfnis, Schadstoffe in die Flüsse zu entsorgen. Um 16,5 Prozent auf 474 Millionen Kubikmeter stieg sein Flüssigkeitsbedarf im Berichtszeitraum, und der Output ließ ebenfalls nicht zu wünschen übrig. 1.420 Tonnen organisch gebundenen Kohlenstoff (TOC) leitete der Pharma-Riese 2010 in die Gewässer ein - 70 Tonnen mehr als 2009. Anorganische Salze legten von 726.000 Tonnen auf 866.000 Tonnen zu und Schwermetalle von 9 auf 11,4 Tonnen. BAYER macht dafür nicht nur die Ausweitung der Produktion verantwortlich, im Falle des TOCs und der Schwermetalle führt er den Anstieg auch auf Abrissmaßnahmen zurück, was zeigt, welche Umweltbelastung vom Rückbau ausgehen kann. Darum ist hier in nächster Zeit auch keine Entlastung zu erwarten. Aktuell stellt das Unternehmen nämlich die Chlor-Fabrikation in Krefeld auf quecksilberfreie Verfahren um. Der Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers versicherte der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auf der letzten Hauptversammlung zwar, der Konzern würde beim

Umbau mit aller nötigen Sorgfalt vorgehen, aber trotzdem dürften die Arbeiten zu erhöhten Quecksilber-Werten führen. Diese werden allerdings nicht im nächsten Nachhaltigkeitsreport auftauchen. Der Gen-Gigant führt sie seit einigen Jahren nicht mehr gesondert auf und versteckt sie stattdessen unter den Zahlen für Schwermetalle.

Eine positive Entwicklung verzeichnet er allein bei Phosphor und Stickstoff. Die betreffenden Werte gingen von 740 auf 90 Tonnen bzw. von 640 auf 490 Tonnen zurück. Aber einer nachhaltigeren Produktion ist das nur zu einem geringeren Teil zu verdanken. Für die schmeichelhaftere Phosphor-Zahl sorgte neben einer optimierten Kunststoff-Herstellung am Standort Baytown eine schöne Betriebs-schließung in Berkeley, und die Stickstoff-Reduktion gelang lediglich durch den außerplanmäßigen 6-monatigen Stillstand der Insektizid-Fertigung am Standort Institute.

Das Abfall-Volumen sank hingegen von 918.000 auf 809.000 Tonnen, wobei der Multi allerdings nur den selbst erzeugten Müll dokumentiert und nicht den im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit für andere Unternehmen entsorgten. Der Anteil gefährlicher Reststoffe an der Gesamtmenge schmolz ebenfalls von 375.000 auf 354.000 Tonnen ab. Das ist aber nicht etwa das Resultat einer umfassenderen Kreislauf-Wirtschaft, denn BAYER produzierte mehr gesundheitsgefährdende Rückstände als 2009. Warum der Gift-

müll-Berg trotzdem schrumpfte, erläutert der Nachhaltigkeitsbericht: „Weniger Abriss- und abgeschlossene Sanierungsarbeiten führten 2010 zu einer stark reduzierten Menge gefährlichen Bauschutts, was sich in der Reduktion der Erzeugung gefährlichen Abfalls zeigt.“

### Menschen in Not

„Umweltreignisse“ gab es 2010 sechs, zwei weniger als 2009, wohingegen die Transport-Unfälle von fünf auf sieben zunahm. Ein Mensch kam dabei ums Leben. Wie vielen Belegschaftsangehörigen bereits der Normalbetrieb die Gesundheit kostet, das hingegen vermeldet der Konzern schon lange nicht mehr in seinen Nachhaltigkeitsberichten. Die letzten Angaben zu den von der Berufsgenossenschaft anerkannten Berufskrankheiten – da BAYER & Co. bei den Berufsgenossenschaften mehr als nur ein Wörtchen mitreden, gibt es auch viele nicht anerkannte - stammen aus dem Jahr 2000. Damals waren es 130 Erkrankungen, die meisten von Asbest oder Lärm ausgelöst. Die CBG kritisierte diese Geheimniskrämerei auf der letzten Hauptversammlung und fragte nach den aktuellen Zahlen. Dreizehn Fälle nannte BAYER-Chef Marijn Dekkers, eine solche wundersame Abnahme erscheint jedoch reichlich ungläubhaft.

Aber eine Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt geht nicht nur von der Produktion des Chemie-Multis aus, sondern auch von den Produkten, die er herstellt. „Produktsicherheit wird großgeschrieben“ - diese Beteuerung des Nachhaltigkeitsberichts verweist die Realität ins Reich der Legenden. Zahlreiche BAYER-Fabrikationen fügen Personen Schaden zu und beschäftigen deshalb die Gerichte und Aufsichtsbehörden. Die Antibaby-Pillen aus der YASMIN-Familie lösen Thrombo-Embolien aus und brachten allein in den USA bereits mehr als 190 Frauen den Tod. Nicht zugelassener Genreis tauchte unvermittelt in Supermarkt-Packungen auf, und die daraufhin erlassenen Import-Verbote für

**Mehr als  
80.000  
Zugriffe  
in der  
Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



CBG-Protest gegen Gift-Einleitungen

Reis aus den USA bedrohten die Existenz zahlreicher FarmerInnen. Die in Verpackungsmaterialien Verwendung findende Industrie-Chemikalie Bisphenol A (BPA)

steht in dringendem Tatverdacht, Schädigungen des Nervensystems, Übergewicht, Unfruchtbarkeit, Diabetes sowie Herz- und Lebererkrankungen zu verursachen,

weshalb die EU 2011 ihren Gebrauch in Baby-Flaschen verbot. Und die Pestizide des Agro-Riesen fordern immer wieder Vergiftungsopfer.

Den Konzern jedoch ficht das alles nicht an. Ein „verantwortungsvoller Umgang mit Pflanzenschutzmitteln“ sei herrschende Praxis, bekundet der Nachhaltigkeitsreport. Und auf Bisphenol A lässt er ebenfalls nichts kommen: „Im Einklang mit zahl- und umfangreichen wissenschaftlich validen Studien sind wir weiterhin der Überzeugung, dass die Sicherheit von BPA in den bestehenden Anwendungsgebieten gegeben ist.“ Und die sieht der Bericht auch im Fall von LIBERTYLINK-Reis und YASMIN & Co. als gegeben an.

Nicht nur wegen dieser Beratungsresistenz fällt das Fazit nach der Lektüre des Nachhaltigkeitsberichtes ernüchternd aus. Allen Bekenntnissen à la „Nachhaltigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmensstrategie“ zum Trotz deuten fast alle Indikatoren in eine andere Richtung. Die Umweltbilanz des Leverkusener Multis weist noch schlechtere Zahlen aus als ihr Vorgänger und ist noch lange nicht im grünen Bereich.



# ProSolidar



Leben statt Profit

**Coupon:**

**Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.**

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

## Geld & Verantwortung

Immer mehr Menschen werden sich ihrer Verantwortung beim Umgang mit Geld bewußt. Herkömmliche Finanzanlagen sind inakzeptabel, weil sie die Umwelt ruinieren und den Menschen ausbeuten.

ProSolidar nimmt die Verantwortung für soziale Sicherheit und Umweltschutz ernst. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

**Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.**

ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41    Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf    Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)

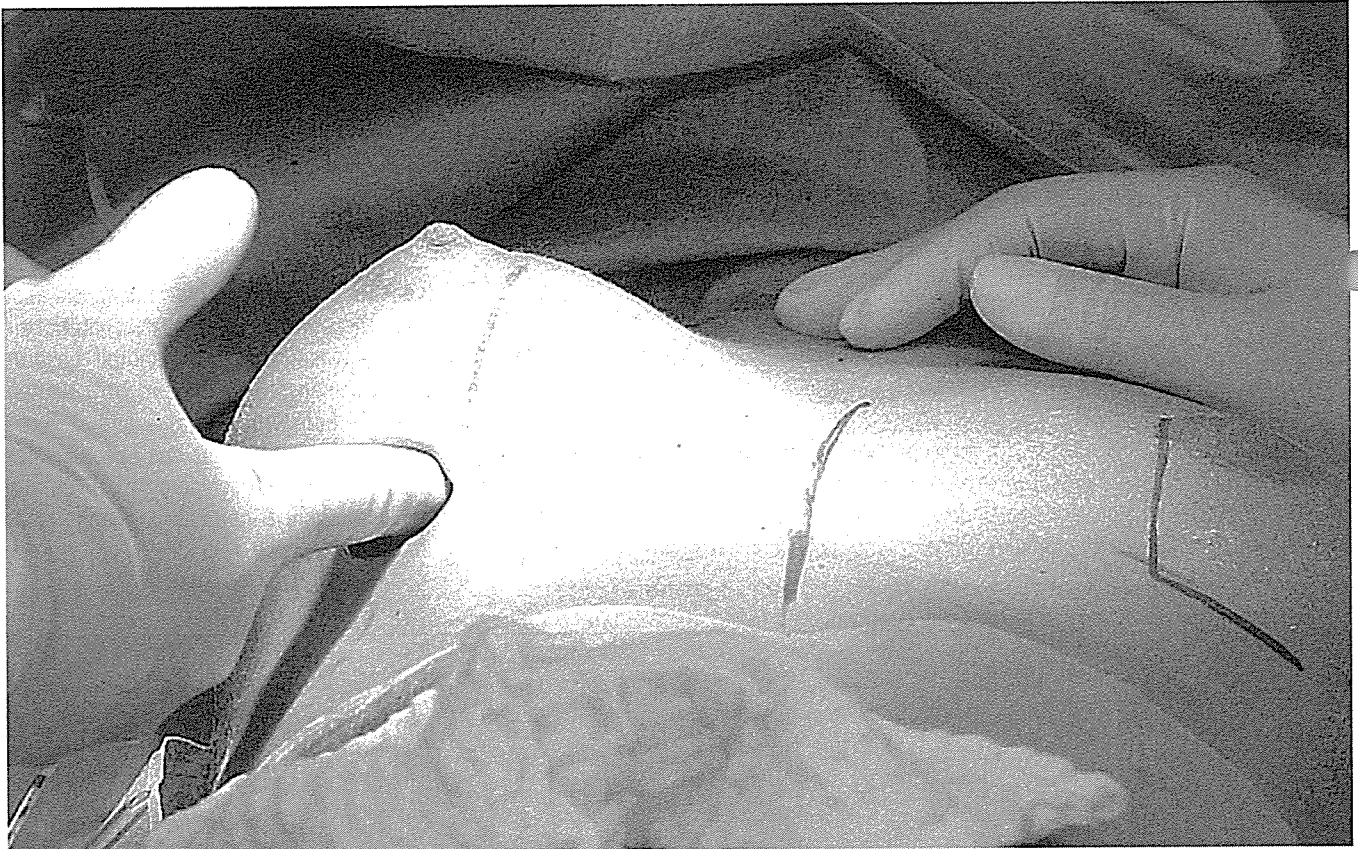
Bitte zurücksenden an:  
ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41    Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf    Fax 0211 - 26 11 220  
Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

seite dreiundzwanzig

## Skandal um BAYER-Produkt

# BAYSILONE in Brustimplantaten



Chemie als Rohstoff der Schönheitsindustrie

*Das Silikon, das im Mittelpunkt des Brustimplantate-Skandals steht, stammt von BAYER. Der Leverkusener Multi meldete BAYSILONE 1967 zum Patent an und vertrieb es zuletzt gemeinsam mit GENERAL ELECTRIC. Im Jahr 2006 trennte sich der Konzern von dem ganzen Silikon-Segment. Das vom Implantate-Hersteller POLY IMPLANT PROTHÈSE verwendete BAYSILONE stellte schon der neue Besitzer MOMENTIVE her, über den Chemie-Händler BRENNTAG gelangte die Substanz nach Frankreich.*

*Von Jan Pehrke*

BAYSILONE – dieses von BAYER im Jahr 1967 zum Patent angemeldete Silikon fand sich in den minderwertigen Brustimplantaten der französischen Firma POLY IMPLANT PROTHÈSE (PIP). Das Unternehmen setzte den in solcher Form nicht

für medizinische Zwecke zugelassenen Stoff zusammen mit Silopren und dem krebserregenden Rhodorsil an und produzierte auf diese Weise unschlagbar billige Gel-Kissen. Entsprechend hoch fiel die Profit-Rate aus. „Eine Frage des Gewinns“

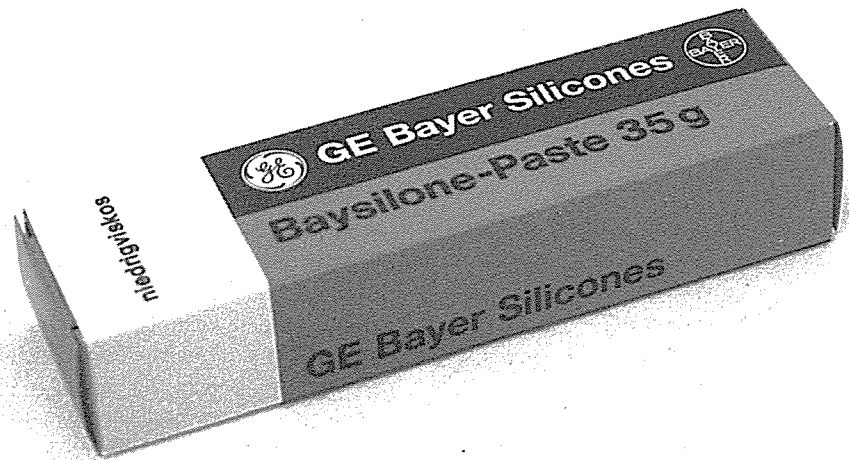
sei es gewesen, sich für diese Fabrikationsart zu entscheiden, sagte der „POLY IMPLANT PROTHÈSE“-Anwalt Yves Hadad dann auch der *Frankfurter Rundschau* zufolge: „Das ist Kapitalismus, so ist das eben.“



Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Im Jahr 2006 informierte der schottische Schönheitschirurg Awf Quaba die britischen Aufsichtsbehörden über gerissene Implantate, aus denen BAYSILONE & Co. austrat. Und auch das Silikon selber beanstandete er. „Es war auch offensichtlich, dass das in dem PIP-Implantat verwendete Silikon Irritationen verursachte“, so Quaba. Seine französischen KollegInnen gaben ab 2008 Schadensmeldungen ab. Aber es dauerte lange, bis die Behörden reagierten. Die französische AFSSAPS verhängte im März 2010 ein Verkaufsverbot und riet am 23.12.2011 zu einer Herausnahme der Gel-Kissen. Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ folgte nach einigem Zögern Anfang Januar 2012.

Das vornehmlich als Dichtungsmasse im Bau-Bereich verwendete BAYSILONE stammte aus dem Leverkusener Chemie-Park, über den Krefelder Chemikalien-Händler BRENNTAG gelangte es nach Frankreich. Hergestellt hatte es die Niederlassung des US-Unternehmens MOMENTIVE. Dieses hatte 2006 GE BAYER SILICONES übernommen, das 1998 von BAYER und GENERAL ELECTRIC (GE) gegründete Joint Venture, und damit auch die Rechte an BAYSILONE und anderen Silikon-Fabrikaten erworben. Die beiden Konzerne wollten ursprünglich mit solchen Produkten, hergestellt für Anwendungen im Maschinenbau, in der Elektronik-Industrie und in der Medizin, eine marktbeherrschende Stellung auf dem Gebiet der Silikon-Chemie erlangen, aber die Erwartungen erfüllten sich nicht, so dass sie sich zu einem Verkauf entschlossen. Ob sich schon GE BAYER SILICONES oder vor 1998 BAYER selber in der Lieferkette von PIP befand, konnte *Stichwort BAYER* nicht ermitteln.

Zumindest aber GE verfügt über einschlägige Erfahrungen in dem Bereich. Der Multi war gemeinsam mit DOW CORNING, einem Joint Venture von DOW



CHEMICAL und CORNING das erste Unternehmen, das Silikon im industriellen Maßstab herstellte. Unter strenger Geheimhaltung kam es im Zweiten Weltkrieg zum Einsatz. Silikon-Fett schützte Flugzeuge in großen Höhen vor einem Einfrieren der Instrumente und der von den Motoren produzierten Feuchtigkeit. Darüber hinaus isolierte die Substanz Zündkerzen, Transformatoren und Leitungen und diente als Dämmstoff und Antischaum-Mittel. „Das Fett, das half, den Krieg zu gewinnen“, hieß es deshalb nach 1945 über die Chemikalie.

Erst japanische ÄrztInnen entdeckten dann in der Zeit der US-Besatzung seine schönheitschirurgischen „Qualitäten“ und

**„Die Silikone von DOW-CORNING, WACKER und BAYER sind komplett vom Frauenprodukte-Markt zurückgezogen worden“**

injizierten es Frauen zur Brustvergrößerung direkt. Der „Re-Import“ für diesen Verwendungszweck erfolgte bald. Das Silikon fand als Rohstoff der Schönheitsindustrie große Verbreitung und richtete verheerende Gesundheitsschäden an. Sie reichten von Gewebe-Entzündungen und Rheuma über Dickdarm-Erkrankungen und Wirbelsäulen-Problemen bis hin zu Fruchtschädigungen und Tod. Darum erging 1975 ein Verbot.

Aber DOW CORNING hatte schon vorgesorgt und verpacktes Silikon als Alternative ersonnen: Die ersten Implantate entwickelten die beiden plastischen Chirurgen Frank Gerow und Thomas Cronin im Auftrag des Unternehmens. Andere Konzerne folgten nach. Mit drei von ihnen,

der MEDICAL ENGINEERING COOPERATION, der HEYER-SCHULTE-COOPERATION und der MCGHAN MEDICAL COOPERATION, trat GENERAL ELECTRIC von 1971 bis 1976 in Geschäftsbeziehungen. In enger Abstimmung mit den Firmen entwickelte GE spezielle Silikone für Brust-Erweiterungen; RTV 6191, RTV 6193, RTV 6195 oder RTV 7100 lauteten die Bezeichnungen. Die Produktsicherheit hielt sich jedoch weiterhin in Grenzen. Es entstanden nämlich häufig Risse in den Implantaten, aus denen der Füllstoff entwich. Rheuma, Arthritis, Multiple Sklerose, Geschwür-Bildungen und Darm-Erkrankungen gehörten zu den Nebenwirkungen. Viele Frauen mussten ihren Beruf aufgeben und waren für immer an einen Rollstuhl gefesselt. Von „systemic silicone disease“ sprachen die MedizinerInnen. Auf 50.000 schätzte der Rechtsanwalt Geoffrey White im Jahr 2001 die Zahl der Opfer.

GENERAL ELECTRIC und die anderen Hersteller wussten von den Gesundheitsschädigungen. Schon 1958 bescheinigte eine GE-Studie dem Silikon, in den Organismus gelangen zu können. Wie spätere Untersuchungen der Firma ergaben, handelte es sich bei der Substanz nämlich keineswegs um einen chemisch inaktiven Stoff. Sie war nach den Erkenntnissen ihrer ForscherInnen sogar imstande, durch die Implantat-Hülle zu dringen. Angesichts dieser Gefahren und des Risikos späterer Schadensersatz-Prozesse beschloss der Konzern zunächst, Silikon nicht für medizinische Zwecke zu vermarkten, revidierte dann aber seine Entscheidung und stieg in das Brustimplantate-Business ein. Die Befürchtungen bestätigten sich bald. So heißt es 1976 in den Unterlagen des GE-Kunden HEYER-SCHULTE: „Dr. Vinnick ist besorgt darüber, dass das in den Implan-

**Mehr als 80.000 Zugriffe wöchentlich.**

**www.CBGnetwork.org**

**Echo**

R. G.: Ich verfolge aufmerksam und mit großer Sympathie Ihre Aktivitäten!

M. N.: Dank dafür, dass ihr so aufmerksame Wächter seid!

A. u. M. G.: Ihre Recherchen sind Ausdruck eines genauen und aufmerksamen Stils.

T. L.: Eure Seite gibt mir das Gefühl der Hoffnung, dass es noch Organisationen gibt, die für Recht und einfach noch für das Gute in der Welt kämpfen.

**Au weia, BAYER**



Der Leverkusener Multi hat mal wieder eine weltbewegende Erfindung gemacht. Sein Tochter-Unternehmen ARTIFICLE MUSCLE hat eine Technologie entwickelt, die es Handy- oder Computer-Touchscreens erlaubt, sensorische Rückmeldungen zu geben. Elektroaktive Kunststoffe senden bei Eingaben muskel-ähnliche Impulse von 50 bis 300 Hertz an die Finger aus und können sogar die ganze Fläche in Bewegung setzen. ARTIFICLE MUSCLE verspricht sich viel von dem „taktilem Feedback“ und plant, von VIVITOUCH eine Million Einheiten pro Monat herzustellen.

**Mehr als 80.000 Zugriffe wöchentlich.**



[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

taten benutzte GENERAL-ELECTRIC-GEL: 1. nicht stabil und 2. giftig ist.“ GE teilte wohl die Sorgen: Im selben Jahr zog sich das Unternehmen offiziell aus diesem Geschäftsfeld zurück. Und ist nach eigenem Bekunden auch nie wieder eingestiegen, jedenfalls nicht willentlich, wie es ein wenig relativierend in einer Anfang der 2000er Jahre abgegebenen Erklärung bekundet. „GE SILICONES AMERICAS, GE BAYER SILICONES und GE TOSHIBA SILICONES werden nicht bewusst den Gebrauch unserer Produkte für Anwendungen empfehlen oder für Applikationen verkaufen, in denen sie länger als 29 Tage im menschlichen Körper verbleiben“, so der Konzern. Darüber hinaus bekräftigte er noch, kein Silikon für Injektionen oder Verhütungsmittel zu vermarkten.

GENERAL ELECTRIC gab dieses Statement Anfang der 2000er Jahre im Rahmen eines Prozesses ab. Zahllose solcher juristischen Auseinandersetzungen begleiteten die Brustvergrößerungen per Chemie. Von einem „Alptraum“ für die Multis sprach deshalb die *Los Angeles Times*. Über die erste Schadensersatzklage entschieden die RichterInnen 1977; sie sprachen dem Silikon-Opfer 170.000 Dollar zu. In späteren Jahren sollten die Summen dann noch beträchtlich steigen. 1994 kam es zur bisher größten Sammelklage in der US-amerikanischen Justizgeschichte. Allein DOW CHEMICAL sah sich am Ende mit 20.000 KlägerInnen konfrontiert. Wegen der Milliarden-Forderungen erklärte sich das Unternehmen Mitte der 1990er Jahre für zahlungsunfähig, schaffte es schließlich aber doch, die Krise zu überstehen. Nur GE konnte sich schadlos halten. Obwohl die Firma ihre Silikone in Kooperation mit den Implantat-Unternehmen entwickelt hatte, gelang es ihr, die Verantwortung für die Risiken und Nebenwirkungen der Silikon-Kissen seinen Kunden anzulasten.

Angesichts von über zwei Millionen operierter Frauen zwang der Medizin-Skandal auch die Aufsichtsbehörden zu handeln. 1992 verhängte die US-amerikanische „Food and Drug Administration“ (FDA) ein Moratorium für Implantate und andere Silikon-Anwendungsgebiete. So lange die Hersteller keine Unbedenklichkeitsnachweise vorlegen, bleibt der Verkauf untersagt, ordnete die FDA an. Und das hatte auch Konsequenzen für BAYSILONE. Es fiel unter die neue Richtlinie für Silikon-Produzenten und durfte nicht mehr in dia-

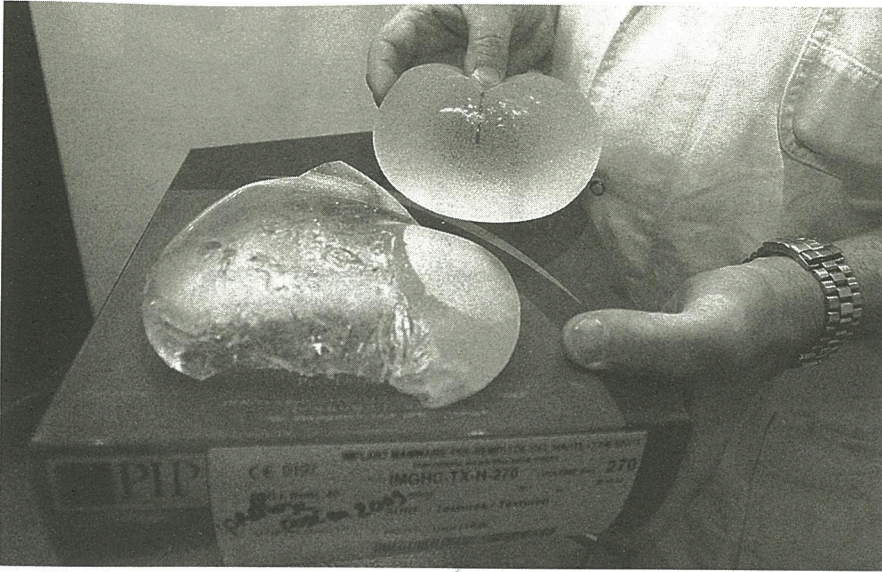
phragma-ähnlichen Barriere-Verhütungsmitteln wie LEA'S SHIELD zum Einsatz kommen. „Die Silikone von DOW-CORNING, WACKER und BAYER sind komplett vom Frauenprodukte-Markt zurückgezogen worden“, ließ der Kontrazeptiva-Hersteller 2002 wissen.

Mit dem schlechten Image von Silikon hatte sich noch der Neubesitzer von GE BAYER SILICONE, die US-Firma MOMENTIVE, herumschlagen. Darum beteuerte der damalige Konzern-Chef John Rich 2007 in einem Interview zwar: „Im Allgemeinen zeigt Silikon eine gute Verträglichkeit mit dem menschlichen Körper“, beeilte sich anschließend aber festzustellen: „Wir engagieren uns nicht im Implantat-Markt“. „Willentlich“, hätte er hinzufügen müssen, wie es GE Anfang der 2000er Jahre tat, denn über den Chemie-Händler BRENNTAG geriet das BAYSILONE dann doch in die Gel-Kissen der Firma PIP.

Mit der Zeit gelang es dem Silikon allerdings, sich ein wenig von seinem schlechten Ruf zu befreien, denn mehrere Studien relativierten den Zusammenhang zwischen der Chemikalie und ernsthaften Erkrankungen. Das im Jahr des Silikon-Banns vom Kongress mit der Untersuchung der Langzeit-Folgen beauftragte „Na-

**„Das ist Kapitalismus, so ist das eben“**

tional Institute of Cancer“ fand keine Hinweise auf eine besondere Brustkrebs-Gefahr. Auch andere Karzinome traten bei den Frauen mit Implantaten nicht häufiger als bei nicht-operierten. Nur bei Lungenkrebs und Gehirntumor stießen die WissenschaftlerInnen auf erhöhte Zahlen. Frauen mit Gel-Kissen starben zwei bis dreimal so häufig an Gehirntumor und dreimal so häufig an einem Krebs der Atemwegsorgane wie Frauen ohne Silikon im Körper. Und nur letzteres erreichte eine statistische Relevanz. Ansonsten aber gaben die MedizinerInnen Entwarnung und stellten die Implantate sogar als Gesundbrunnen dar. Nicht nur von den meisten Krebs-Arten, sondern auch von Krankheiten des Immun-, Kreislauf- und Hormonsystems und der Verdauungsorgane waren Implantate-Trägerinnen nicht so oft betroffen wie ihre übrigen Geschlechtsgenossinnen, konstatierten die ForscherInnen.



Die BAYSILONE-gefüllten PIP-Implantate

Allerdings reichten die Daten oftmals für eine genaue Aufbereitung nicht aus. Bei Gewebe-Erkrankungen etwa hatten die ForscherInnen nur Zugang zu 34 bis 40 Prozent der Kranken-Unterlagen. Und wenn sie auf Diagnosen wie „wahrscheinlich Rheuma“ stießen, was nicht selten vorkam, haben sie diese wegen des Unsicherheitsfaktors nicht mit in die Analyse der Nebenwirkungen einbezogen. „Das Risiko, aufgrund von Brustimplantaten eine Gewebestörung zu entwickeln, wurde, obwohl es etwas erhöht ist, als statistisch nicht signifikant betrachtet“, resümierte das Institut und mahnte weitere Untersuchungen zu dem Thema an.

Trotz solcher Unwägbarkeiten hatte die Erhebung einen großen Anteil daran, die Silikon-Einsätze zu rehabilitieren. Die Produzenten nahmen die Arbeit an Weiterentwicklungen auf und fassten Mut, die Gesundheitsbehörde von deren Unschädlichkeit überzeugen zu können. Dies gelang ihnen allerdings erst 2006. Im November des Jahres erteilte die FDA erstmals wieder Genehmigungen. Sie machte den Antragstellern MENTOR und ALLERGAN - berühmt-berüchtigt für BOTOX - allerdings strenge Auflagen.

So mussten die Hersteller Langzeit-Untersuchungen über die Verträglichkeit ihre Produkte durchführen. Die bisher vorliegenden Resultate sprechen nicht unbedingt für einen Qualitätssprung. Bei den 1008 MENTOR-Patientinnen traten nach der ersten Schönheitsoperation in 13,6 Prozent der Fälle Risse im Implantat auf; nach einer zweiten OP bei 15,5 Prozent.

Bei Rekonstruktionen nach Entfernung der Brüste in Folge von Brustkrebs kam es nach dem ersten Eingriff bei 14 Prozent der Silikon-Kissen zu Beschädigungen, nach dem zweiten sogar bei 21,3 Prozent. Bei den ALLERGAN-Präparaten lag die Fehler-Quote ähnlich hoch. Zudem verortschten bis zu 13,3 Prozent der Einsätze.

Über Brustschmerzen klagten bis zu 11,7 Prozent der Betroffenen. Abstoßungsreak-

**„GE SILICONES AMERICAS, GE BAYER SILICONES und GE TOSHIBA SILICONES werden nicht bewusst den Gebrauch unserer Produkte für Anwendungen empfehlen oder für Applikationen verkaufen, in denen sie länger als 29 Tage im menschlichen Körper verbleiben“**

tionen im Brustgewebe erlitten bis zu 27,5 Prozent, am höchsten lag der Wert bei Wiederholungs-OPs zur Brustvergrößerung. Für Brustkrebs, Rheuma und Muskelerkrankungen ergab die Auswertung keine erhöhte Gefährdung und bestätigte damit die Resultate des „National Institute of Cancer“. Allerdings beobachteten die WissenschaftlerInnen eine bisher in der Literatur nicht beschriebene Häufung von ALCL, einer Form von Lymphdrüsen-Krebs. Insgesamt deuten die Zahlen auf eine hohe Unzufriedenheit mit den Operationen hin. So ließen 53,4 Prozent der an Brustkrebs Leidenden die Silikon-Kissen wieder entfernen. Bei den Frauen, die sich

aus kosmetischen Gründen für eine OP entschieden hatten, waren es bis zu 37,8 Prozent.

Trotzdem bescheinigt die FDA den Silikon-Kissen eine „akzeptable Sicherheit“ und überlässt es den Frauen selbst, auf Basis der verfügbaren Informationen über Nutzen und Risiken der chirurgischen Maßnahme zu entscheiden. Allerdings warnt die Gesundheitsbehörde: „Seien Sie sich bewusst, dass Brustimplantate zu lokalen Komplikationen führen können und dass die Wahrscheinlichkeit dafür mit den Jahren steigt. Die lokalen Komplikationen und Nebenwirkungen umfassen Bindegewebe-Schrumpfungen, Re-Operationen, Entfernung der Gelkissen und Implantat-Risse. Zudem mussten viele Frauen Erfahrungen mit Brustschmerzen, Faltenbildungen, Positionsveränderungen, Narbenbildungen und Infektionen machen.“

Immerhin hat es sich die „Food and Drugs Administration“ mit den Silikon-Implantaten bedeutend schwerer gemacht als ihre Pendants in den anderen Ländern. In Europa beispielsweise erging nie irgendein Verbot, und auch der PIP-Skandal hat nicht zur Folge, die Produktsicherheit der Gel-Kissen generell zu thematisieren. Er führt nur dazu, ein vermeintlich schwarzes Schaf aus der Herde auszusortieren. Sogar der Gebrauch von Polyurethan-Kunststoff zur Umhüllung des Silikons bleibt erlaubt, während die FDA diesen Stoff, den BAYER 1937 entwickelt hat, wegen seiner giftigen Wirkung für diese Anwendungsform schon 1991 aus dem Verkehr gezogen hat.

Der Leverkusener Multi wird vermutlich sagen, er vermarkte die Substanz „nicht willentlich“ für diesen Zweck. Willentlich nimmt er nur in einer Form am Brust-OP-Business teil: Er liefert mit MAKROLON-Folien einen hitzebeständigen und deshalb Sterilisationen standhaltenden Grundstoff für die Verpackungen der Implantate.



**Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

# Wir suchen Geschenke!

Um unsere Arbeit zu  
sichern, brauchen wir  
400 neue Mitglieder.  
235 zusätzliche haben  
wir bereits.  
Jede Mitgliedschaft  
zählt.



Das einzige Netzwerk weltweit, das einen der großen Konzerne rund um den Globus unter Kontrolle stellt und ihm die Stirn bietet, ist in Gefahr. Die Existenz der „legendären“ (taz) Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), steht auf dem Spiel. Wirtschaftskrise und Sozialabbau haben die Förderbeiträge zum Absturz gebracht. Zugleich erhalten wir keinerlei Förderung aus staatlichen oder kirchlichen Quellen – der Preis konsequent konzernkritischer Ausrichtung. Doch ohne Geld geht es nicht. Auch nicht bei weitgehend ehrenamtlicher Arbeit. Bitte helfen Sie. Werden Sie Fördermitglied. Beteiligen Sie sich an den Aktionen. Spenden Sie einen einmaligen Betrag. Damit wir die Schattenseiten der BAYER-Profite weiter aufdecken können.

 zurücksenden an Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40, e-Mail: info2@CBGnetwork.org

- Ja, ich werde Fördermitglied mit ..... Euro monatlich /  Ja, ich spende einmalig ..... Euro (**bitte Lastschrift ausfüllen**)  
(durchschnittlich 5 bis 10 Euro) Der Betrag soll  monatl.  vierteljährl.  halbjährl.  jährlich abgebucht werden.  
 Ich möchte mehr wissen. Bitte schickt mir kostenlose Infos.

#### Lastschrift

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße, Hausnr.: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_ Alter: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

**Gratis:** Wenn Sie Fördermitglied werden, dann erhalten Sie das Magazin **Stichwort BAYER** und den Info-Dienst **TICKER** kostenlos viermal jährlich.

Spendenkonto GLS 8016 533 000 BLZ 430 609 67  
**www.CBGnetwork.org**

